
Konzern-Lagebericht



Entwicklung der Märkte	38
Entwicklung des Bankensektors	41
Finanz- und Ergebnisentwicklung	42
Posten der Erfolgsrechnung im Detail	45
Ergebnis im Quartalsvergleich	50
Bilanz	52
Eigenkapital	53
Forschung und Entwicklung	54
Internes Kontroll- und Risikomanagement-System	55
Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte	57
Funding	59
Risikomanagement	61
Human Resources	64
Ausblick	66
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	67

Entwicklung der Märkte

Rezession in Europa, Konjunkturschwäche in den USA

Im Euroraum setzte bereits Ende 2011 eine Rezession ein, die das gesamte Jahr 2012 über anhielt. Die Entwicklung verlief dabei regional unterschiedlich. Während beispielsweise Deutschland und Österreich 2012 nach wie vor einen BIP-Zuwachs erzielten, gerieten vor allem die Länder in Südeuropa in eine tiefe Rezession. In der zweiten Jahreshälfte weitete sich die Konjunkturfllaute ausgehend von Südeuropa immer weiter nach Norden aus, und selbst Deutschland und Österreich mussten im vierten Quartal 2012 einen Rückgang der Wirtschaftsleistung gegenüber dem Vorquartal hinnehmen. Ende 2012 erreichte die Konjunkturdynamik dann in der gesamten Eurozone ihren vorläufigen Tiefpunkt. Angesichts der schwachen Wirtschaftsentwicklung war auch die Inflationsrate mit durchschnittlich 2,5 Prozent ungewöhnlich hoch. Hauptgrund dafür war der starke Anstieg der Energie- und Nahrungsmittelpreise, zusätzlich wurde die Teuerung seit Mitte 2010 durch steuerliche Maßnahmen vor allem in den südlichen Ländern begünstigt.

Nachdem die US-Wirtschaft im vierten Quartal 2011 gegenüber dem Vorquartal noch um 4 Prozent zugelegt hatte, entwickelte sie sich 2012 mit einem Plus von 2,2 Prozent deutlich langsamer. Das Wachstum blieb damit für US-Verhältnisse unterdurchschnittlich, wofür primär rückläufige Staatsausgaben sowie ein sehr verhaltener Anstieg der privaten Konsumausgaben verantwortlich zeichneten. Letztere wurden wie schon 2010 und 2011 durch die schwache Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und stagnierende Reallohne gedämpft. In der zweiten Jahreshälfte bremste die geringe Investitionstätigkeit der Unternehmen das Wirtschaftswachstum zusätzlich.

Unterschiedliche Entwicklungen in CEE

Die 2011 eingetretene wirtschaftliche Erholung in Zentral- und Osteuropa (CEE) trübte sich im Jahresverlauf 2012 wieder etwas ein. Hatte die Region 2011 noch ein Wachstum von 3,7 Prozent verzeichnet, dürfte es 2012 2,0 Prozent betragen. Exporte blieben dabei der Haupttreiber für das Wachstum, während sich die Inlandsnachfrage überwiegend schwach präsentierte. Weiterhin wird die Konjunktorentwicklung in CEE damit von der Eurozone als Haupt-Exportmarkt der Region beeinflusst. Daneben wirken sich anhaltende Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Hand negativ auf das Wirtschaftswachstum aus.

In der Region Zentraleuropa (CE) stachen bei der wirtschaftlichen Entwicklung wie schon im Vorjahr vor allem Polen und die Slowakei positiv heraus, obgleich sich das Wachstum auch dort verlangsamte. Während Polen 2011 noch ein Wirtschaftswachstum von 4,3 Prozent erreicht hatte, pendelte es sich 2012 voraussichtlich bei 2,0 Prozent ein. Die Slowakei verzeichnete im selben Zeitraum einen Rückgang von zuvor 3,2 Prozent auf ebenso 2,0 Prozent. Weniger resistent zeigten sich die übrigen drei Staaten in CE. Die Tschechische Republik rutschte von 1,7 Prozent Wachstum mit nunmehr minus 1,2 Prozent 2012 ebenso in eine Rezession wie Ungarn (2011: 1,6 Prozent, 2012: minus 1,7 Prozent). In Slowenien, das 2011 ein Wachstum von 0,6 Prozent erreicht hatte, schrumpfte die Wirtschaftsleistung 2012 um etwa 2,3 Prozent.

Die Länder der Region Südosteuropa (SEE), die 2011 noch ein BIP-Wachstum von 1,7 Prozent erzielt hatten, verzeichneten im Jahr 2012 eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung mit minus 0,3 Prozent. Einerseits bremsten hier politische Konflikte den Reformprozess, andererseits dämpften die bereits getroffenen Sparmaßnahmen die Inlandsnachfrage. Die Nationalbanken gerieten aufgrund des aufkommenden Inflationsdrucks zudem in einen Interessenkonflikt und konnten die Wirtschaft über Zinssenkungen kaum stützen.

Trotz insgesamt guter Wachstumswahlen für das Jahr 2012 trübte sich auch die Wirtschaftsdynamik in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in der zweiten Jahreshälfte 2012 ein. In Russland fiel die Wachstumsrate im zweiten Halbjahr auf 2,5 Prozent, nach 4,5 Prozent in der ersten Jahreshälfte. Dies war auf eine Abnahme des Wachstums bei Industrieproduktion und Investitionen zurückzuführen, während die Konsumnachfrage das Wachstum stützen konnte. Zumindest in der ersten Jahreshälfte 2013 wird sich die Situation in der GUS kaum ändern, sodass nach einem BIP-Wachstum von 3,1 Prozent im Jahr 2012 derzeit eine Zunahme von 2,8 Prozent für 2013 erwartet wird.

Insgesamt wird für CEE aus aktueller Sicht für 2013 ein Wirtschaftswachstum von 2,0 Prozent prognostiziert.

Von hoher Relevanz wird 2013 weiterhin die Entwicklung in der Eurozone bleiben. Dank der soliden Dynamik in Russland, wo stabile Öl- und Rohstoffpreise die Entwicklung weiterhin unterstützen dürften, wird das stärkste Wachstum erneut in der GUS erwartet. Südosteuropa wiederum sollte eine deutliche positive Veränderung gegenüber 2012 erzielen, und zwar von minus 0,3 Prozent auf prognostizierte 0,9 Prozent. Ebenfalls leicht an Dynamik gewinnen sollte das Wachstum in CE, weiterhin getrieben von Polen und der Slowakei. Für Slowenien wird allerdings auch 2013 noch die Gefahr einer anhaltenden Rezession gesehen. Ebenso schwierig bleibt die Situation in Ungarn, wo einige Unsicherheiten (steuerliche Veränderungen und eine schwer einschätzbare Politik) einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung vermuten lassen. In der Tschechischen Republik wird im Laufe des Jahres zwar eine positive Entwicklung erwartet, es dürfte sich aber für 2013 noch eine leicht negative Wirtschaftsentwicklung ergeben.

Entwicklung des realen BIP - Veränderung zum Vorjahr in Prozent				
Region/Land	2011	2012e	2013f	2014f
Polen	4,3	2,0	1,2	2,5
Slowakei	3,2	2,0	0,9	2,5
Slowenien	0,6	-2,3	-1,0	1,0
Tschechische Republik	1,7	-1,2	-0,2	1,8
Ungarn	1,6	-1,7	-0,5	1,5
CE	3,1	0,6	0,5	2,1
Albanien	3,1	2,0	2,0	3,5
Bosnien und Herzegowina	1,0	-1,3	0,5	2,0
Bulgarien	1,8	0,8	0,5	2,5
Kroatien	0,0	-2,0	-0,5	1,0
Kosovo	4,5	3,0	3,0	3,0
Rumänien	2,2	0,3	1,5	3,0
Serbien	1,6	-1,9	1,0	2,0
SEE	1,7	-0,3	0,9	2,4
Belarus	5,3	1,5	3,0	4,0
Russland	4,3	3,4	3,0	3,0
Ukraine	5,2	0,2	1,0	3,0
GUS	4,4	3,1	2,8	3,0
CEE	3,7	2,0	2,0	2,7
Österreich	2,7	0,8	0,5	1,5
Deutschland	3,1	0,9	0,5	1,8
Eurozone	1,5	-0,5	-0,1	1,5

Verhaltene Entwicklung in Österreich

Die Konjunktur in Österreich entwickelte sich seit dem zweiten Halbjahr 2011 verhalten. So legte das reale BIP 2012 um 0,8 Prozent zu, nachdem 2011 noch ein Wachstum von 2,7 Prozent erzielt worden war. Der staatliche Konsum war 2012 im Gegensatz zu 2011 leicht rückläufig, der private Konsum zeigte trotz guter Beschäftigungs- und Lohnentwicklung eine geringere Zuwachsrate als 2011. Einen deutlich geringeren Zuwachs verzeichneten 2012 auch die Investitionen sowie die Importe und Exporte.

Mit dem Rückgang des realen BIP auf Quartalsbasis im vierten Quartal 2012 dürfte die Trendwende erreicht sein, eine – wenn auch nicht sonderlich dynamische – konjunkturelle Belebung im Jahresverlauf 2013 ist das wahrscheinlichste Szenario. Für 2013 wird mit einem BIP-Wachstum in Höhe von 0,5 Prozent gerechnet.

Die Teuerung blieb in Österreich 2012 mit 2,6 Prozent zwar über dem langfristigen Trend, jedoch deutlich unter dem Niveau von 2011 (3,6 Prozent). Für 2013 ist ein Rückgang auf 2,2 Prozent absehbar.

Wachstumsabschwächung in Asien

Die großen asiatischen Volkswirtschaften China und Indien verzeichneten 2012 eine Abschwächung ihrer Wachstumsdynamik, erzielten im globalen Vergleich aber nach wie vor die größten Zuwächse. In China machte sich die eingetrübte Exportnachfrage aus Europa bemerkbar, darüber hinaus blieb die Peoples Bank of China bei der Geldpolitik trotz zweier Zinssenkungen in Summe restriktiv. Zudem wirkten die von der Regierung 2011 implementierten Maßnahmen zur Eindämmung der sich anbahnenden Immobilienblase weiterhin dämpfend. Ab dem zweiten Quartal 2012 wurden jedoch Infrastrukturprojekte gestartet und gezielte Steuererleichterungen sowie Subventionen gewährt. Dadurch wurde das zyklische Konjunkturtief im dritten

Quartal 2012 durchschritten, im vierten Quartal war bereits eine Beschleunigung erkennbar. In Summe erzielte China 2012 ein Wirtschaftswachstum von 7,7 Prozent nach 9,2 Prozent im Jahr 2011. Die Inflationsrate ging vor dem Hintergrund geringerer Schwankungen bei den Lebensmittelpreisen und beim Ölpreis merklich zurück und lag zum Jahresende 2012 nur noch bei 2,5 Prozent.

Staatsschuldenkrise wird zur Eurokrise

Auch wenn sowohl Irland als auch Portugal, die beide durch Gelder der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) unterstützt werden, 2012 einen deutlichen Rückgang in der Marktverzinsung ihrer ausstehenden Anleihen verzeichnen konnten, waren die Finanzierungsprobleme bezüglich neuer und alter Schulden vieler europäischer Länder im abgelaufenen Jahr ein prägendes Element der Entwicklung auf den Finanzmärkten.

Im März 2012 erfolgte ein Schuldenschnitt bei griechischen Staatsanleihen, die nach griechischem Recht emittiert bzw. nicht durch Notenbanken gehalten wurden. Dennoch erreichte der Verschuldungsgrad des Landes auch nach diesem Forderungsverzicht eines Teils der Gläubiger im Ausmaß von rund € 100 Milliarden kein nachhaltiges Niveau: Ende 2012 wurde eine weitere Entschuldung erforderlich, die diesmal durch einen Rückkauf von Anleihen zu durchschnittlich 35 Prozent des Nominale durch den griechischen Staat erfolgte. Die Mittel dafür waren von EU und IWF zur Verfügung gestellt worden.

Hohe Schulden bzw. hohe Budgetdefizite sowie erhebliche gesamtwirtschaftliche Probleme ließen auch das Vertrauen in die Staatsfinanzen anderer südeuropäischer Länder weiter schwinden. Angesichts der strukturellen Probleme in einigen Euroländern sowie der institutionellen Defizite der Eurozone stand bei manchen Marktteilnehmern sogar der Fortbestand des Euroraums vorübergehend in Frage. Als sich die Finanzierungsbedingungen für Italien und Spanien im Sommer 2012 weiter verschlechterten, ergriff die EZB die Initiative. Unter der Bedingung der Umsetzung von Wirtschaftsreformen und eines Sanierungsprogramms für die öffentlichen Haushalte – beides unter Überwachung durch externe Instanzen – stellte sie Interventionen auf dem Sekundärmarkt für Staatsanleihen zugunsten niedrigerer Zinsen in Aussicht. Erst mit der Aussicht auf diese Eingriffe durch die Notenbank beruhigte sich die Lage auf den Finanzmärkten, und die Neuverschuldungszinsen für Italien und Spanien reduzierten sich auf ein verkraftbares Niveau.

Weiter verbessert wurden 2012 die institutionellen Rahmenbedingungen des Euroraums. So wurde die Umsetzung einer europäischen Bankenaufsicht beschlossen. Im Rahmen des Stabilitätspakts erfolgte zudem eine verbesserte Überwachung öffentlicher Haushalte. Zusätzlich wurde ein regelmäßiges Reporting zur Identifikation von wirtschaftlichen Ungleichgewichten implementiert, aus dem gegebenenfalls Gegenmaßnahmen für einzelne Länder abgeleitet werden müssen.

Globale Währungen

Nachdem der Wechselkurs des Euro zum US Dollar 2012 in einer geringen Bandbreite von € 0,15 zwischen €/USD 1,20 und €/USD 1,35 geschwankt hatte, lag er zum Jahresende bei €/USD 1,32 und damit auf dem Ausgangsniveau von Anfang Jänner 2012. Treiber der Wechselkursentwicklung waren dabei wie schon in den vergangenen Jahren die Euro-Schuldenkrise und die Notenbankpolitik der EZB sowie der US-Notenbank. Erheblich unter Druck geriet der Euro zwischen Mai und Juli 2012, als sich die Schuldenkrise weiter intensivierte und die Renditen italienischer und spanischer Staatsanleihen auf Rekordwerte kletterten. Erst die Ankündigung von EZB-Präsident Mario Draghi Ende Juli, Staatsanleihen betroffener Staaten gegebenenfalls unbegrenzt aufzukaufen, stoppte die Talfahrt des Euro. Die anschließende Kurserholung des Euro wurde durch das Vorhaben der US-Notenbank begünstigt, erneut in großem Stil Anleihen auf dem Markt zu erwerben.

Nach der Ankündigung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) im September 2011, unbegrenzt gegen eine weitere Aufwertung des Schweizer Frankens vorzugehen, bestand hier zunächst kaum Handlungsbedarf, da die Marktteilnehmer die Untergrenze schnell akzeptierten. Im April 2012 durchbrach der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Schweizer Franken erstmals die Marke von € 1,20, wenn auch nur für wenige Sekunden. Erst ab Mai musste die SNB mit dem Wiederaufflammen der Eurokrise ihren Worten auch Taten folgen lassen. Infolge der Devisenmarktinterventionen stiegen die Währungsreserven der SNB von CHF 296 Milliarden im April auf CHF 430 Milliarden im September. Seitdem ist dank nachlassender Interventionstätigkeit der SNB wieder eine spürbare Entspannung erkennbar. Das Anleihen-Kaufprogramm der EZB zeigte ebenfalls Wirkung und trug zusätzlich zur Beruhigung in der Eurozone bei, sodass der Druck auf den Schweizer Franken deutlich nachließ. Dieser notierte erstmals schwächer und überstieg im September 2012 die Marke von €/CHF 1,21, in deren Nähe er sich bis Jahresende halten konnte.

CEE-Währungen

Die CEE-Währungen zeigten 2012 zumeist Aufwertungen gegenüber dem Euro, da die EZB durch zusätzliche Maßnahmen und niedrige Zinsen die Finanzkrise bekämpfte. Am stärksten erwies sich im Verhältnis zum Euro dabei neben dem polnischen Zloty überraschenderweise der ungarische Forint. Dies war jedoch zum größten Teil auf die Schwächephase zur Jahreswende 2011/2012 zurückzuführen, die das Wechselkursverhältnis auf Werte von über €/HUF 320 getrieben hatte. Für weitere Unterstützung sorgte – wie bei anderen CEE-Währungen auch – die weltweit wieder abnehmende Risikoaversion. Beim polnischen Zloty, der in den ersten sechs Monaten 2012 gegenüber dem Euro in volatilen Bewegungen aufgewertet hatte, kam es seither eher zu einer Seitwärtsbewegung. Die tschechische Krone, die unter CEE-Währungen den Status eines „sicheren Hafens“ genießt, bewegte sich 2012 insgesamt eher seitwärts, dies allerdings unter hoher Volatilität. Eine Leitzinssenkung auf 0,05 Prozent wirkte dabei einer anhaltenden Aufwertungstendenz ebenso entgegen wie verbale Interventionen der Zentralbank.

In Südosteuropa waren die Währungen vor allem in der ersten Jahreshälfte 2012 starken Schwankungen unterworfen. Die anhaltende Risikoaversion, die sich vor allem in geringeren Auslandsinvestitionen niederschlägt, ein starker Rückgang bei Überweisungen von Emigranten, aber auch politische Unsicherheiten – vor allem in Rumänien und Serbien – sorgten hier für deutlichen Abwertungsdruck. Auch für die erste Hälfte 2013 werden stärkere Schwankungen und eventuell auch neuerliche Abschwächungsphasen erwartet.

Entwicklung des Bankensektors

Weiteres Wachstum des Bankensektors in CEE

Mit einem Plus von insgesamt 13 bis 15 Prozent hatten die Jahre 2010 und 2011 eine klare Erholung beim Kreditwachstum in CEE gebracht, auch wenn die Zunahme in diesem Zeitraum deutlich unter dem Niveau der Vorkrisenjahre 2004 bis 2008 blieb. Dieser positive Trend setzte sich auch 2012 vor allem im ersten Halbjahr fort. Besonders bei Firmenkunden nahm die Kreditvergabe weiter zu, sodass in CEE keine flächendeckende Kreditklemme eintrat. Im Einklang mit der merklich nachlassenden konjunkturellen Dynamik schwächte sich im zweiten Halbjahr 2012 zwar auch das Kreditwachstum in der Region etwas ab, insgesamt legte das Kreditvolumen in CEE 2012 aber dennoch um knapp 10 Prozent zu. Aufgrund der schwierigen realwirtschaftlichen Bedingungen wird das erste Halbjahr 2013 voraussichtlich von einer eher schwachen Kreditnachfrage geprägt sein. Aktuelle Prognosen gehen für 2013 von einem Kreditwachstum von jeweils 5 bis 10 Prozent in Zentraleuropa und der GUS sowie von einem Wachstum von 1 bis 5 Prozent in Südosteuropa aus.

Die Gesamtbilanzsumme des CEE-Bankensektors zeigte nach einem Plus von 13 bzw. 14 Prozent in den Jahren 2010 und 2011 im Berichtszeitraum einen Zuwachs leicht unter dieser Größenordnung an. Auch diese Wachstumsraten lagen allerdings – ebenso wie jene des Kreditvolumens – deutlich unter dem Vorkrisenniveau der Jahre 2004 bis 2008. Für die kommenden Jahre wird für CEE insgesamt ein Wachstum der Bilanzsummen im einstelligen Prozentbereich erwartet, die einzelnen Länder dürften sich dabei jedoch sehr unterschiedlich entwickeln. So sollte in Russland auch in den kommenden Jahren ein Plus im zweistelligen Prozentbereich möglich sein, in den Ländern Zentraleuropas (mit Ausnahme Ungarns) dürfte sich der Zuwachs im hohen einstelligen Prozentbereich bewegen. In vielen südosteuropäischen Ländern scheint hingegen angesichts des herausfordernden Umfelds nur ein Bilanzsummenwachstum im niedrigen einstelligen Prozentbereich möglich. Hier schlagen sich die hohen Kreditbestände im Vergleich zu den Einlagen und zur Wirtschaftskraft nieder, die in den kommenden Jahren für eine geringe Kreditnachfrage sorgen werden.

Besseres Finanzierungsumfeld für Staaten und Banken

2011 und 2012 verbesserte sich das Finanzierungsumfeld für Staaten in CEE deutlich. Damit waren sowohl Refinanzierungen als auch Neuemissionen von Staatsschuldentiteln auf dem jeweiligen lokalen wie auch dem globalen Anleihemarkt sichergestellt. Viele Staaten nutzten das günstige Umfeld im zweiten Halbjahr 2012 auch schon zur Vorfinanzierung für 2013 und haben damit heute schon einen Großteil ihrer Finanzierungserfordernisse für dieses Jahr gedeckt. Die Renditen lokaler Staatsanleihen bewegten sich dabei über lange Zeit seitwärts bzw. sogar nach unten, hervorgerufen einerseits durch die weiterhin expansive Geldpolitik in Westeuropa und andererseits durch die Abnahme der Risikoaufschläge für CEE. Dabei wurden die einzelnen CEE-Länder auf dem Anleihemarkt allerdings sehr differenziert beurteilt, und Risikoindikatoren wie Staatsverschuldung, Budgetdefizit, Leistungsbilanzposition und politische Unsicherheit fanden ihren Niederschlag in den Anleihepreisen. Auch in Zukunft werden die reformfreudigen CEE-Länder von dieser Differenzierung profitieren. Derzeit liegen die Risikoprämien für mehrere CEE-Länder sogar unter jenen für einige Länder der Eurozone, etwa Italien, Portugal oder Spanien, teils sogar Frankreich oder Belgien. Für einige wenige, strukturell schwächer aufgestellte CEE-Länder mit hausgemachten Problemen kann die Notwendigkeit von Unterstützungsmaßnahmen unter Beteiligung des IWF für 2013 allerdings nicht ausgeschlossen werden.

Finanz- und Ergebnisentwicklung

Einleitung und Konsolidierungskreis

Der Konzernabschluss der RBI wird auf Basis der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, erstellt. Die RBI AG stellt außerdem einen Einzelabschluss nach österreichischem Unternehmensrecht (UGB) in Verbindung mit dem Bankwesengesetz (BWG) auf, der die formale Bemessungsgrundlage für die Dividendenausschüttung und die Steuerbemessung darstellt. Betreffend die nach UGB und BWG geforderten Angaben wird auf die entsprechenden Kapitel in diesem Lagebericht und im Anhang verwiesen.

Die RBI steht indirekt in mehrheitlichem Besitz der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) und ist somit Teil des RZB-Konzerns. Der Anteil der RZB betrug zum Jahresende rund 78,5 Prozent, die restlichen Anteile befanden sich im Streubesitz. Zum 31. Dezember 2012 umfasste der Konsolidierungskreis der RBI insgesamt 137 Konzerneinheiten, darunter 21 Banken sowie eine Reihe von Finanzinstituten und banknahen Servicebetrieben.

Ende April 2012 erwarb die RBI 100 Prozent der Polbank EFG S.A., Warschau. Durch diesen Erwerb erhöhte sich die Bilanzsumme zum Erstkonsolidierungszeitpunkt um € 6,2 Milliarden. Die Vergleichbarkeit diverser Posten der Bilanz und Erfolgsrechnung ist dadurch beeinflusst. Hinsichtlich der sonstigen Veränderungen des Konsolidierungskreises wird auf die entsprechenden Kapitel im Anhang verwiesen.

Ergebnisentwicklung

Jahresüberschuss vor Steuern

Trotz anhaltend schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen und der Maßnahmen zur Erfüllung der Eigenkapitalvorgaben der European Banking Authority (EBA) erzielte die RBI im Berichtsjahr einen Jahresüberschuss vor Steuern von € 1.032 Millionen. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies allerdings einen Rückgang um 25 Prozent oder € 342 Millionen. Das Vorsteuerergebnis war dabei durch ein deutlich niedrigeres Betriebsergebnis (Rückgang um 20 Prozent oder € 479 Millionen bereinigt um Firmenwertabschreibungen) sowie durch Bewertungsergebnisse, die sich aus der Beruhigung auf den Finanzmärkten ergaben, geprägt. Sondereffekte aus dem Verkauf aus dem High-Quality-Wertpapierportfolio (Veräußerungsergebnis von € 163 Millionen) und dem Rückkauf von Hybridanleihen (€ 113 Millionen) milderten den Rückgang um € 276 Millionen ab.

Betriebserträge

Die Betriebserträge – exklusive der Firmenwertabschreibungen – gingen um 6 Prozent oder € 336 Millionen auf € 5.140 Millionen zurück, wofür der Zinsüberschuss und das Handelsergebnis hauptverantwortlich zeichneten. Der Rückgang des Zinsüberschusses um € 195 Millionen im Jahresvergleich ging dabei primär auf die Nettozinsspanne (gerechnet auf zinstragende Aktiva) zurück, die sich im Jahresvergleich um 24 Basispunkte auf 2,66 Prozent verringerte.

Verkäufe aus dem High-Quality-Wertpapierportfolio sorgten für deutlich geringere Zinserträge aus Wertpapieren. Zusätzlich führten die hohe Liquidität und höhere Retail-Einlagen zu einem spürbar niedrigeren Zinsergebnis. In Russland entwickelte sich das Zinsergebnis hingegen erfreulich: Hier wurde durch eine Zunahme im Kundengeschäft und höhere Erträge aus dem Derivatengeschäft ein Zuwachs um € 159 Millionen erreicht. Durch die Einbeziehung der Polbank ergab sich ebenfalls ein deutlich positiver Beitrag zum Zinsüberschuss.

Das Handelsergebnis sank im Berichtszeitraum um € 149 Millionen auf € 215 Millionen. Verantwortlich dafür waren das Ergebnis aus dem zinsbezogenen Geschäft sowie das Ergebnis aus Kapitalgarantien, bei denen es im Vorjahr aufgrund einer gesetzlich vorgegebenen Änderung des Bewertungsmodells zu einem Bewertungsgewinn gekommen war. In Belarus ergaben sich Bewertungsverluste aufgrund der Hochinflation-Rechnungslegung.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen stiegen im Jahresvergleich um 5 Prozent oder € 143 Millionen auf € 3.264 Millionen. Dies war bei sonst gleichbleibenden Aufwendungen nahezu ausschließlich auf die Einbeziehung und Integration der Polbank zurückzuführen, auf die in Summe Verwaltungsaufwendungen von € 137 Millionen entfielen. Die Cost/Income Ratio (ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen) erhöhte sich um 6,5 Prozentpunkte auf 63,5 Prozent. Der Personalaufwand nahm im Vergleich zum Vorjahr um 4 Prozent oder € 67 Millionen auf € 1.606 Millionen zu. Auch die durchschnittliche Anzahl der Mit-

arbeiter stieg – im Wesentlichen bedingt durch die Einbeziehung der Polbank, die zum Erstkonsolidierungszeitpunkt über 3.065 Beschäftigte verfügte – um 903 Personen auf 60.924. Ebenso erhöhte sich der Sachaufwand im Vorjahresvergleich um 4 Prozent oder € 48 Millionen auf € 1.257 Millionen, überwiegend zurückzuführen auf höheren IT-Aufwand (plus € 35 Millionen) und Raumaufwand (plus € 21 Millionen). Die Anzahl der Geschäftsstellen nahm gegenüber dem Jahresultimo 2011 per Saldo um 178 auf 3.106 zu. Auf die Polbank entfielen davon 327.

Kreditrisikoversorgen

Die Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen gingen 2012 um € 55 Millionen auf € 1.009 Millionen zurück. Dieser Rückgang war auf höhere Auflösungen von Portfolio-Wertberichtigungen zurückzuführen, während die Nettodotierungen zu Einzelwertberichtigungen nahezu auf Vorjahresniveau blieben. Die anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen – vor allem in der zweiten Jahreshälfte – führten speziell im vierten Quartal zu einem deutlichen Anstieg der Nettodotierungen. In Ungarn halbierte sich der Vorsorgebedarf im Jahresabstand zwar auf € 241 Millionen (2011: € 478 Millionen), in Polen kam es hingegen zu einem Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen um € 69 Millionen auf € 127 Millionen. Ein erhöhter Vorsorgebedarf ergab sich v. a. bei Firmenkunden in der Konzernzentrale, in der Slowakei und in Rumänien. Insgesamt sank die Neubildungsquote von 1,34 Prozent auf 1,21 Prozent. Der Bestand an notleidenden Kundenkrediten erhöhte sich um € 1.127 Millionen auf € 8.183 Millionen, von denen € 508 Millionen auf die Einbeziehung der Polbank entfielen.

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Nach plus € 413 Millionen im Vorjahr reduzierte sich das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten im Berichtsjahr auf minus € 127 Millionen. Insbesondere die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten verursachten nach einem Bewertungsgewinn von € 184 Millionen im Jahr 2011 einen Bewertungsverlust von € 312 Millionen. Die darin enthaltenen Bewertungen für die Credit Spreads der eigenen Verbindlichkeiten führten – nach einem Bewertungsgewinn von € 249 Millionen im Vorjahr – im Berichtsjahr zu einem Verlust von € 145 Millionen. Aus dem teilweisen Rückkauf von Hybridanleihen resultierte ein Ergebnis von € 113 Millionen. Demgegenüber reduzierte sich das Bewertungsergebnis von zu Absicherungszwecken eingegangenen derivativen Finanzinstrumenten auf minus € 92 Millionen.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen drehte im Berichtsjahr von minus € 141 Millionen um € 459 Millionen auf € 318 Millionen. Der zur Erfüllung der EBA-Vorgaben erfolgte Verkauf von hochqualitativen Wertpapieren aus dem zur Veräußerung verfügbaren Portfolio der Konzernzentrale lieferte dazu ein Veräußerungsergebnis von € 163 Millionen. Zusätzlich brachte die Bewertung des Fair-Value-Bestands an Wertpapieren einen Gewinn von € 73 Millionen (2011: Verlust von € 124 Millionen), der überwiegend aus Bewertungsgewinnen von Anleihen in der Konzernzentrale und Kommunalschuldverschreibungen in Ungarn entstanden war. Verkäufe aus dieser Wertpapierkategorie führten weiters zu einem positiven Ergebnis von € 82 Millionen.

Wertminderungen bei Firmenwerten

2012 wurden Firmenwerte in Höhe von € 38 Millionen (2011: € 187 Millionen) wertgemindert. So wie im Vorjahr wurde aufgrund der Prognosen für die Ukraine und des für die Bewertung relevanten erhöhten Diskontsatzes bei der Raiffeisen Bank Aval eine Wertminderung des Firmenwerts von € 29 Millionen (2011: € 183 Millionen) vorgenommen. Der Firmenwert der Raiffeisen Bank Aval war somit zum Jahresende vollständig abgeschrieben. Weiters ergaben sich kleinere Minderungen bei Firmenwerten in diversen Konzerneinheiten in Höhe von € 9 Millionen.

Konzern-Jahresüberschuss

Der Jahresüberschuss nach Steuern für das Jahr 2012 betrug € 748 Millionen. Dies bedeutet einen Rückgang um 23 Prozent oder € 226 Millionen. Dabei lag die Steuerquote mit 27,5 Prozent um 1,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Das Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile erhöhte sich um € 16 Millionen auf € 22 Millionen, zurückzuführen v. a. auf geringere Verluste in Ungarn. Nach Abzug des Ergebnisses der nicht beherrschenden Anteile errechnet sich ein Konzern-Jahresüberschuss von € 725 Millionen, der um € 242 Millionen unter dem Vorjahreswert blieb. Im Berichtsjahr befanden sich durchschnittlich 194,9 Millionen Aktien im Umlauf. Somit entfiel 2012 auf jede Aktie ein Gewinn von € 2,70.

Eigenkapital

Das Eigenkapital inklusive des Kapitals der nicht beherrschenden Anteile blieb mit € 10.873 Millionen weitgehend stabil (minus € 63 Millionen). Das Gesamtergebnis belief sich auf € 838 Millionen, von denen € 748 Millionen auf den Jahresüberschuss nach Steuern entfielen. Kapitalmindernd wirkten die Dividendenzahlungen von insgesamt € 463 Millionen für das Geschäftsjahr 2011. Davon entfielen € 204 Millionen auf Aktionäre der RBI, € 200 Millionen auf das Partizipationskapital sowie € 58 Millionen auf nicht beherrschende Anteile.

Durch den Kauf von nicht beherrschenden Anteilen ergab sich ein Eigenkapitaleffekt von € 405 Millionen. Dieser resultierte in erster Linie aus dem Kauf eines Minderheitenanteils von 24 Prozent an der Raiffeisenbank a.s., Prag, sowie eines Anteils von 13 Prozent an der Tatra banka, a.s., Bratislava.

Für das Geschäftsjahr 2012 wird der Vorstand der Hauptversammlung vorschlagen, eine Dividende von € 1,17 je Aktie auszuschütten. Dies ergäbe eine maximale Gesamtauszahlung von € 229 Millionen.

Kernkapitalquote

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel, die seit April 2012 auf Basis internationaler Rechnungslegung ermittelt werden, beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf € 12.885 Millionen, die Vergleichswerte basieren auf UGB/BWG. Dabei wurde das Kernkapital durch die Umstellung der Berechnung auf internationale Rechnungslegung positiv beeinflusst, während die Zukäufe von Minderheitenanteilen, der Rückkauf von hybridem Tier-1-Kapital und die Einbeziehung der Polbank das Kernkapital verringerten. Die kurzfristigen ergänzenden Eigenmittel (Tier 3) nahmen durch das Abreifen von Tier-2-Emissionen zu.

Die zur Erfüllung der EBA-Vorgaben eingeleiteten Maßnahmen führten zu einer Reduktion der erforderlichen Eigenmittel um € 998 Millionen auf € 6.626 Millionen. Für diesen Rückgang waren v. a. das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko (minus € 721 Millionen) und jenes für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten und Waren (minus € 247 Millionen) verantwortlich.

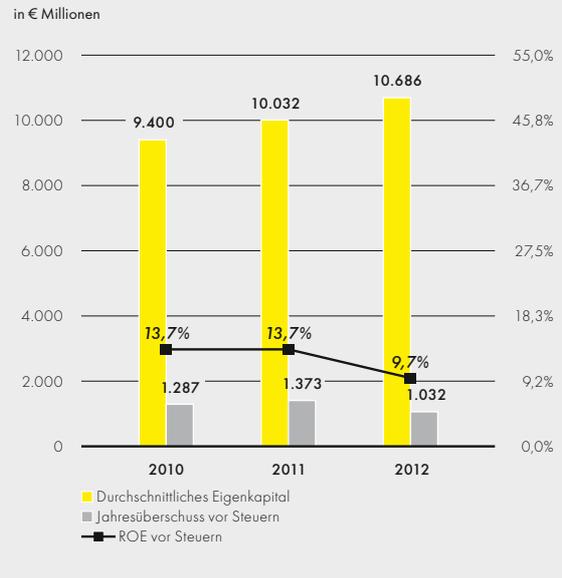
Die Kernkapitalquote bezogen auf das Gesamtrisiko stieg um 1,3 Prozentpunkte auf 11,2 Prozent. Die Core Tier 1 Ratio (ohne Berücksichtigung des Hybridkapitals) verbesserte sich um 1,6 Prozentpunkte auf 10,7 Prozent.

Bilanz

Die Bilanzsumme ging im Jahresverlauf um 7 Prozent oder € 10,9 Milliarden auf € 136,1 Milliarden zurück. Währungseffekte hatten daran nur einen marginalen Anteil. Während die Einbeziehung der Polbank einen Bilanzsummenzuwachs von € 6,2 Milliarden brachte, beruhte die Reduktion der Bilanzsumme in erster Linie auf der gezielten Bilanzstrukturbereinigung zur Erfüllung der strengeren Eigenkapitalvorgaben der EBA. Aktivseitig wurde Überliquidität reduziert (Barreserve: minus € 4,8 Milliarden; Interbankengeschäft: minus € 3,4 Milliarden), und aus dem zur Veräußerung verfügbaren Wertpapierbestand wurden hochqualitative Wertpapiere im Nominale von € 3,2 Milliarden veräußert. Passivseitig war der Rückgang im Wesentlichen auf eine Reduktion der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch geringere kurzfristige Veranlagungen sowie eine Verminderung der verbrieften Verbindlichkeiten aufgrund von Tilgungen zurückzuführen.

Die Forderungen an Kunden stiegen wegen der Einbeziehung der Polbank um 2 Prozent. Trotz der Einbeziehung der Polbank blieben die Verbindlichkeiten an Kunden auf dem Niveau des Vorjahres, da es bei Einlagen von Firmenkunden (insbesondere im Repo-Geschäft) zu Reduktionen kam. Dadurch stieg die Loan/Deposit Ratio um 4 Prozentpunkte auf 126 Prozent.

Entwicklung von Jahresüberschuss und Return on Equity



Posten der Erfolgsrechnung im Detail

in € Millionen	2012	2011	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	3.472	3.667	- 195	- 5,3%
Provisionsüberschuss	1.516	1.490	26	1,8%
Handelsergebnis	215	363	- 149	- 40,9%
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹	- 64	- 45	- 19	41,7%
Betriebserträge	5.140	5.475	- 336	- 6,1%
Personalaufwand	- 1.606	- 1.540	- 67	4,3%
Sachaufwand	- 1.257	- 1.209	- 48	3,9%
Abschreibungen	- 401	- 372	- 29	7,8%
Verwaltungsaufwendungen	- 3.264	- 3.120	- 143	4,6%
Betriebsergebnis	1.876	2.355	- 479	- 20,3%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 1.009	- 1.064	55	- 5,1%
Übrige Ergebnisse ²	165	82	83	101,1%
Jahresüberschuss vor Steuern	1.032	1.373	- 342	- 24,9%
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 284	- 399	115	- 28,9%
Jahresüberschuss nach Steuern	748	974	- 226	- 23,2%
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	- 22	- 6	- 16	245,8%
Konzern-Jahresüberschuss	725	968	- 242	- 25,0%

¹ Exkl. Wertminderungen auf Firmenwerte

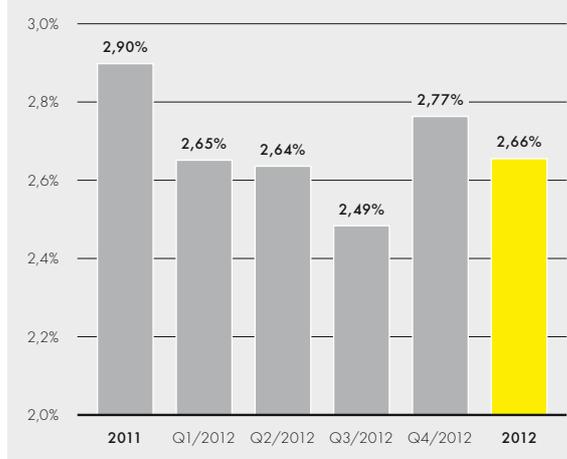
² Inkl. Wertminderungen auf Firmenwerte

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss verringerte sich 2012 um 5 Prozent oder € 195 Millionen auf € 3.472 Millionen. Damit lag der Anteil des Zinsüberschusses an den Betriebserträgen bei 67 Prozent. Die Nettozinsspanne (gerechnet auf zinstragende Aktiva) sank dabei um 24 Basispunkte auf 2,66 Prozent, während die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva bei einem gleichzeitigen Rückgang des Zinsüberschusses um 3 Prozent stiegen.

Einen deutlichen Rückgang verzeichnete v. a. der Zinsertrag aus Forderungen an Kreditinstitute, der aufgrund des Abbaus von Überliquidität in der Konzernzentrale um € 145 Millionen auf € 297 Millionen sank. Auch der Zinsertrag aus Wertpapieren nahm – zum Teil beeinflusst durch Wertpapierverkäufe in der Konzernzentrale – um € 161 Millionen auf € 609 Millionen ab. Positiv entwickelte sich hingegen mit einem Plus von € 159 Millionen der Zinsüberschuss in Russland. Hauptelemente dieser Entwicklung waren eine Zunahme des Kreditgeschäfts bei einer gleichzeitig verbesserten Nettozinsspanne sowie höhere Zinserträge aus derivativen Finanzinstrumenten. Ebenfalls positiv auf den Zinsüberschuss wirkte sich die Einbeziehung der Polbank aus.

Entwicklung der Nettozinsspanne (durchschnittliche zinstragende Aktiva)



Hauptverantwortlich für den Rückgang des Zinsergebnisses waren der aufgrund gesunkener Kreditvolumina verringerte Zinsertrag und die höheren Refinanzierungskosten. Im Segment Zentraleuropa sank die Nettozinsspanne wegen des allgemein schwierigen Marktumfelds um 50 Basispunkte auf 2,85 Prozent, in Ungarn gab sie um 44 Basispunkte auf 3,43 Prozent nach. Auch die südosteuropäischen Länder wiesen einen Rückgang der Nettozinsspanne um 20 Basispunkte auf 4,21 Prozent aus. Besonders stark war hier Bulgarien betroffen, wo sich v. a. die geänderten Erwartungen an die Zahlungsströme bei wertberichtigten Krediten dämpfend auswirkten. Im Segment Group Corporates hingegen reduzierte sich die Nettozinsspanne insbesondere durch aktivseitige Anpassungen lediglich um 4 Basispunkte.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss stieg im Jahresvergleich um € 26 Millionen und steuerte damit 30 Prozent der Betriebserträge bei. Insbesondere stiegen hier die Ergebnisse aus dem Zahlungsverkehr sowie aus dem Devisen-, Valuten und Edelmetallgeschäft. Die Ergebnisse aus dem Kredit- und Garantiegeschäft sowie aus sonstigen Bankdienstleistungen lagen hingegen unter dem Vorjahreswert.

Das Ergebnis aus dem Zahlungsverkehr verzeichnete einen Zuwachs um € 52 Millionen auf € 663 Millionen und ist mit einem Anteil von 44 Prozent die größte Komponente im Provisionsüberschuss. Gründe für die wesentliche Verbesserung sind eine erhöhte Transaktionsanzahl sowie gestiegene Transaktionsvolumina. Russland lieferte mit € 19 Millionen den größten Beitrag zu diesem Anstieg, gefolgt von der Ukraine mit € 18 Millionen.

Das Ergebnis aus dem Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft wies mit € 19 Millionen den zweitgrößten Zuwachs im Vorjahresvergleich auf. Verantwortlich dafür sind v. a. die aufgrund von Umsatz- und Margenverbesserungen erzielten Ergebnisverbesserungen in Russland (€ 8 Millionen) und Belarus (€ 7 Millionen).

Gegenläufig entwickelte sich das Ergebnis aus dem Kredit- und Garantiegeschäft mit einem Rückgang um € 34 Millionen auf € 247 Millionen. Diese Entwicklung ist v. a. auf geringere Kreditgebühren (minus € 43 Millionen) in Rumänien sowie eine Methodenänderung zurückzuführen, die eine Umgliederung zwischen Provisions- und Zinsüberschuss mit sich brachte. In Ungarn reduzierte sich das Ergebnis bedingt durch Volumenrückgänge um € 7 Millionen. Russland erwirtschaftete hingegen auf der Basis von Neugeschäft einen Zuwachs von € 16 Millionen.

Ebenso ging das Ergebnis aus der Verwaltung von Investment- und Pensionsfonds um € 4 Millionen zurück, hauptsächlich hervorgerufen durch eine Abnahme der Geschäftsaktivitäten in Kroatien.

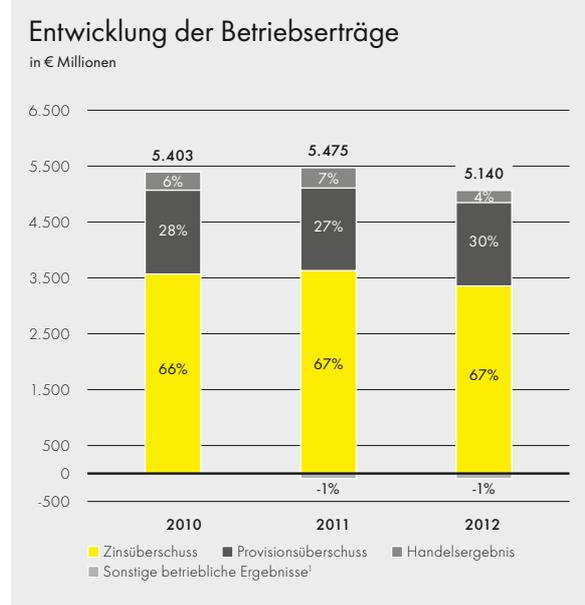
Das Ergebnis aus der Vermittlung von Eigen- und Fremdprodukten hingegen stieg im Vorjahresvergleich um € 4 Millionen auf € 45 Millionen, hauptsächlich in Polen und der Ukraine.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis der RBI verzeichnete 2012 einen Rückgang von 41 Prozent oder € 149 Millionen auf € 215 Millionen. Während hier das währungsbezogene Geschäft (Zuwachs von € 102 Millionen) und das aktien- und indexbezogene Geschäft (Zuwachs von € 4 Millionen) Ergebnissteigerungen erzielten, nahmen das zinsbezogene Geschäft (Rückgang um € 137 Millionen), das Kreditderivatgeschäft (Rückgang um € 15 Millionen) und das sonstige Geschäft (Rückgang um € 103 Millionen) ab.

Für den Rückgang des Ergebnisses aus dem zinsbezogenen Geschäft um 80 Prozent oder € 137 Millionen auf € 34 Millionen war zum Teil ein geringeres Ergebnis in Russland verantwortlich, das aus Bewertungsverlusten derivativer Finanzinstrumente resultierte. Ebenso war das Bewertungsergebnis aus Zinsswaps in der Konzernzentrale rückläufig, hervorgerufen u. a. durch eine geänderte Einschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit für das Kontrahentenausfallrisiko.

Das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft hingegen nahm um 95 Prozent oder € 102 Millionen auf € 209 Millionen zu. Hier stieg einerseits der Ergebnisbeitrag aus derivativen Finanzinstrumenten in Russland, andererseits verbuchte Ungarn Bewertungsverluste aufgrund einer gestiegenen Anzahl von Derivatgeschäften zu Absicherungszwecken. Maßgeblichen Einfluss



übte auch die Anwendung des IAS 29 im Zusammenhang mit der Hochinflation-Rechnungslegung in Belarus aus, die das Ergebnis im Jahresvergleich um € 64 Millionen erhöhte. Die Konzernzentrale verzeichnete einen Anstieg währungsbasierter Transaktionsvolumina, die durch Fremdwährungsvervolatilitäten allerdings negativ beeinflusst wurden.

Das Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft beruhte insbesondere auf gegebenen Kapitalgarantien der Konzernzentrale. Es reduzierte sich durch das gesunkene langfristige Zinsniveau von € 79 Millionen auf minus € 25 Millionen. Im Vorjahr hatte sich ein Ergebnis in Höhe von € 81 Millionen aus der Anpassung der Bewertungsmethode an geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen ergeben.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen sank von minus € 45 Millionen auf minus € 64 Millionen im Jahr 2012. Hauptverantwortlich dafür waren die höheren Bankenabgaben in Österreich und Ungarn sowie die erstmals erhobene Bankenabgabe in der Slowakei. Insgesamt leistete die RBI im Jahr 2012 Bankenabgaben in Höhe von € 157 Millionen (2011: € 93 Millionen).

Das Ergebnis aus der Dotierung und Auflösung sonstiger Rückstellungen drehte durch die ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen für Rechtsfälle in Österreich und Russland um € 31 Millionen auf plus € 19 Millionen. Die Ergebnisse aus bankfremden Tätigkeiten sowie aus der Vermittlung von Dienstleistungen verzeichneten im Berichtsjahr ebenfalls einen Zuwachs von € 29 Millionen.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen der RBI stiegen im Berichtszeitraum um 5 Prozent oder € 143 Millionen auf € 3.264 Millionen. Die Cost/Income Ratio erhöhte sich dadurch auf 63,5 Prozent (2011: 57,0 Prozent).

Personalaufwand

Der Personalaufwand – mit einem Anteil von 49 Prozent die größte Position unter den Verwaltungsaufwendungen – nahm im Vorjahresvergleich um 4 Prozent oder € 67 Millionen auf € 1.606 Millionen zu.

Dieser Anstieg wurde überwiegend durch die Einbeziehung der Polbank und durch Gehaltsanpassungen in Russland verursacht. Dämpfend wirkten hingegen Kostensenkungen und der Abbau von Mitarbeitern in Ungarn, der Tschechischen Republik und Rumänien.

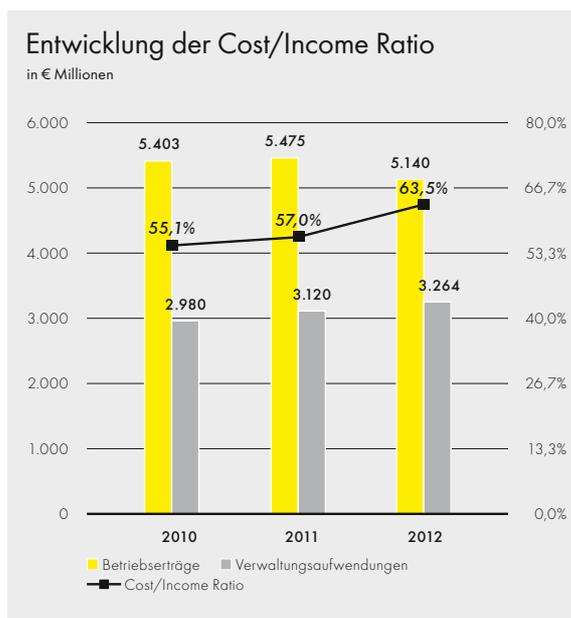
Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter des Konzerns (ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten) stieg im Vorjahresvergleich um 1 Prozent oder 903 Personen auf 60.924. Zuwächse erfolgten dabei in Polen aufgrund der Einbeziehung der Polbank (plus 2.929) und der Slowakei (plus 47). Die größten Rückgänge verzeichneten die Ukraine (minus 753), Russland (minus 448), Rumänien (minus 323) und Ungarn (minus 282).

Sachaufwand

Der Sachaufwand erhöhte sich um 4 Prozent oder € 48 Millionen auf € 1.257 Millionen. Dabei entfielen die größten Zuwächse auf den IT-Aufwand (plus 16 Prozent), die Einlagensicherung (plus 10 Prozent) und den Raumaufwand (plus 6 Prozent). Dagegen sanken der Werbe- und Repräsentationsaufwand (minus 10 Prozent), der Sicherheitsaufwand (minus 8 Prozent) und der Kommunikationsaufwand (minus 4 Prozent).

Der Anstieg des IT-Aufwands wurde vorwiegend durch die Einbeziehung der Polbank und die Auslagerung von IT-Serviceleistungen in der Konzernzentrale verursacht. Polen und die Konzernzentrale sind – aufgrund von Übersiedlungen – ebenso maßgeblich für den gesteigerten Raumaufwand verantwortlich.

Die Anzahl der Geschäftsstellen stieg im Vergleich zum Jahresende 2011 um 178 auf 3.106. Während es in Polen zu einem Zuwachs von 300 Geschäftsstellen kam, wurden in der Ukraine (minus 84), Rumänien (minus 24) und Ungarn (minus 9) die größten Rückgänge verzeichnet.



Aufwendungen für Abschreibungen

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte stiegen im Vergleich zum Vorjahr um € 29 Millionen auf € 401 Millionen (2011: € 372 Millionen). Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte verzeichneten dabei mit einem Plus von € 36 Millionen auf € 179 Millionen den größten Anstieg. Ein Großteil dieses Zuwachses ist auf die Wertminderung von Software-Entwicklungen in der Ukraine und der Tschechischen Republik zurückzuführen. Weitere Gründe waren die Einbeziehung der Polbank sowie Erhöhungen aufgrund von Systemerweiterungen in Rumänien, Kroatien und der Ukraine. Die Abschreibungen auf Sachanlagen sanken um € 6 Millionen auf € 188 Millionen, vorwiegend zurückzuführen auf eine Wertminderung für ein Gebäude in Russland im Vorjahr.

Im Berichtszeitraum hat die RBI konzernweit € 531 Millionen investiert. Davon flossen 52 Prozent (€ 276 Millionen) in eigene Sachanlagen. Auf Investitionen in immaterielle Vermögenswerte, die zum überwiegenden Teil Software-Systeme betrafen, entfielen 38 Prozent. Der Rest wurde in Vermögenswerte des operativen Leasinggeschäfts investiert.

Kreditrisikoversorgen

Während das Jahr 2011 in den meisten Märkten eine wirtschaftliche Erholung gebracht hatte, zeichnete sich im Berichtsjahr in der zweiten Jahreshälfte eine erneute Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Dies spiegelte sich auch im Anstieg der notleidenden Kredite deutlich wider. Dennoch lagen die Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen mit € 1.009 Millionen um 5 Prozent oder € 55 Millionen unter dem Niveau von 2011. Zwar erhöhten sich die Nettodotierungen für Einzelwertberichtigungen um € 5 Millionen auf € 1.182 Millionen, umgekehrt stiegen aber auch die Nettoauflösungen zu Portfoliowertberichtigungen um € 59 Millionen auf € 164 Millionen. Im Posten Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen sind zudem Erlöse aus dem Verkauf von wertberichtigten Krediten in Höhe von € 9 Millionen enthalten.

Die Entwicklung der Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen verlief dabei in den einzelnen Ländern unterschiedlich: In Ungarn z. B. gingen sie gegenüber dem Vorjahr, in dem die RBI aufgrund der staatlich verordneten Kreditkonvertierungen besonders hohen Wertberichtigungsbedarf verzeichnet hatte, deutlich zurück. Der Vorsorgebedarf sank hier von € 478 Millionen auf € 241 Millionen. In Russland wurden aufgrund der Qualitätsverbesserung des Kreditportfolios Kreditrisikoversorgen aufgelöst. In Polen hingegen kam es zu einem Anstieg der Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen um € 69 Millionen auf € 127 Millionen. Davon betroffen waren sowohl große Firmenkunden als auch Privatkunden. Deutlich höhere Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen für Firmenkunden wurden auch in der Konzernzentrale, der Slowakei und Rumänien vorgenommen, in Slowenien wurden sowohl bei Firmen- als auch bei Retail-Kunden höhere Vorsorgen erforderlich.

Die Neubildungsquote – das Verhältnis der Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen zu den durchschnittlichen Forderungen an Kunden – sank um 0,13 Prozentpunkte auf 1,21 Prozent.

Der Bestand an notleidenden Krediten an Kunden nahm im Verlauf des Jahres 2012 um € 1.127 Millionen auf € 8.183 Millionen zu. Die Einbeziehung der Polbank bewirkte hier eine Erhöhung um € 508 Millionen, weitere € 95 Millionen wurden durch Währungseffekte verursacht. Ohne diese beiden Effekte stiegen die notleidenden Kundenkredite somit um € 524 Millionen. Die größten Zuwächse verzeichneten dabei die Konzernzentrale, Ungarn und Polen, während es in der Ukraine und Russland zu deutlichen Rückgängen kam. Die NPL Ratio, das Verhältnis der notleidenden Kredite zu den gesamten Forderungen an Kunden, betrug im Berichtsjahr 9,8 Prozent nach 8,6 Prozent im Vorjahr. Den notleidenden Krediten standen Wertberichtigungen in Höhe von € 5.484 Millionen gegenüber. Dies ergibt eine NPL Coverage Ratio von 67,0 Prozent, die um 1,4 Prozentpunkte unter dem Wert zum Jahresende 2011 liegt.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten sank 2012 von plus € 413 Millionen auf minus € 127 Millionen. Insbesondere verursachten hier die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Verbindlichkeiten (Fair Value Option), die 2011 ein positives Ergebnis von € 184 Millionen geliefert hatten, im Berichtsjahr einen Verlust von € 312 Millionen. Dieser setzte sich aus einer Zinskomponente von minus € 167 Millionen und Bewertungsverlusten aufgrund gesunkener Credit Spreads von € 145 Millionen zusammen. Den Verbindlichkeiten standen allerdings positive Bewertungen von sonstigen Derivaten in gleicher Höhe gegenüber. Das Ergebnis aus sonstigen Derivaten ging um € 135 Millionen auf € 59 Millionen zurück. Im Berichtsjahr wurden durch den Rückkauf von Verbindlichkeiten Erträge von € 110 Millionen generiert. Darin ist der Rückkauf von Hybridanleihen in Höhe von € 113 Millionen enthalten.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen drehte im Berichtszeitraum von minus € 141 Millionen im Vorjahr auf plus € 318 Millionen. Hier brachte etwa der Verkauf von Anleihen aus dem zur Veräußerung verfügbaren Wertpapierbestand der Konzernzentrale ein Veräußerungsergebnis von € 163 Millionen.

Das Ergebnis aus erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren, das im Vorjahr noch minus € 135 Millionen betragen hatte, war im Berichtsjahr mit € 155 Millionen positiv. Die Bewertung von Wertpapieren des Fair-Value-Bestands führte hier zu einem Gewinn von € 73 Millionen, während im Vergleichsjahr daraus ein Verlust von € 124 Millionen entstanden war. In der Konzernzentrale und in Ungarn kam es zu deutlichen Bewertungsgewinnen aus Anleihen und Kommunal-schuldverschreibungen, in der Ukraine hingegen wurden Bewertungsverluste aus Anleihen verzeichnet. Verkäufe von Wertpapieren aus dem Fair-Value-Bestand brachten Erträge von € 82 Millionen (2011: minus € 11 Millionen), die überwiegend in der Konzernzentrale anfielen.

Das Ergebnis aus Unternehmensanteilen verbesserte sich um € 97 Millionen auf minus € 1 Million (2011: minus € 98 Millionen) und beruhte auf Bewertungsverlusten in Höhe von € 22 Millionen und Veräußerungsgewinnen in etwa gleicher Höhe.

Das Ergebnis aus bis zur Endfälligkeit zu haltenden Wertpapieren reduzierte sich um € 91 Millionen auf € 1 Million. Der hohe Vorjahreswert hatte Veräußerungsgewinne aus Staatsanleihen in Höhe von € 94 Millionen enthalten, die im Zuge der Maßnahmen zur Erfüllung der strengeren Eigenmittelvorgaben der EBA angefallen waren.

Wertminderung von Firmenwerten

Im Berichtsjahr waren im übrigen Ergebnis Wertminderungen von Firmenwerten in Höhe von € 38 Millionen (2011: € 187 Millionen) enthalten. Im Vorjahr war bei der ukrainischen Tochterbank aufgrund veränderter Prognosen und der Erhöhung des für die Bewertung relevanten Diskontsatzes eine Wertminderung um € 183 Millionen vorgenommen worden. 2012 wurde auch der verbleibende Firmenwert von € 29 Millionen wertberichtigt. Weitere € 9 Millionen entfielen auf Firmenwerte in Bosnien und Herzegowina und Kroatien sowie auf diverse kleinere Konzerneinheiten.

Ergebnis aus Endkonsolidierungen

Das Ergebnis aus Endkonsolidierungen betrug im Berichtsjahr € 12 Millionen. Insgesamt schieden zehn Tochterunternehmen aus dem Konsolidierungskreis aus, acht davon aufgrund Unterschreitens der Wesentlichkeitsgrenze. Ein Tochterunternehmen wurde infolge Stilllegung und ein weiteres infolge Verkaufs endkonsolidiert. Die Gesellschaften waren überwiegend im Leasing- und Investmentbereich tätig.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich im Berichtsjahr auf € 284 Millionen nach € 399 Millionen im Vorjahr. Die rechnerische Steuerquote betrug 28 Prozent; bereinigt um die Firmenwertabschreibungen läge sie bei 27 Prozent. Im Vorjahr war die Steuerquote bei 29 Prozent gelegen.

Ergebnis im Quartalsvergleich

in € Millionen	Q4/2012	Q3/2012	Veränderung absolut	Veränderung in %
Zinsüberschuss	876	834	42	5,0%
Provisionsüberschuss	396	400	- 4	- 0,9%
Handelsergebnis	- 6	54	- 59	-
Sonstiges betriebliches Ergebnis ¹	- 12	- 16	4	- 26,6%
Betriebserträge	1.255	1.272	- 17	- 1,3%
Personalaufwand	- 428	- 411	- 18	4,3%
Sachaufwand	- 373	- 311	- 62	20,0%
Abschreibungen	- 126	- 97	- 29	30,3%
Verwaltungsaufwendungen	- 928	- 818	- 109	13,3%
Betriebsergebnis	327	453	- 126	- 27,8%
Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen	- 385	- 224	- 162	72,5%
Übrige Ergebnisse ²	- 25	- 42	17	- 39,8%
Periodenüberschuss/-fehlbetrag vor Steuern	- 84	188	- 271	-
Steuern vom Einkommen und Ertrag	- 58	- 32	- 25	78,3%
Periodenüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern	- 141	155	- 297	-
Ergebnis der nicht beherrschenden Anteile	24	- 14	38	-
Konzern-Periodenüberschuss/-fehlbetrag	- 117	141	- 258	-

¹ Exkl. Wertminderungen auf Firmenwerte

² Inkl. Wertminderungen auf Firmenwerte

Zinsüberschuss

Der Zinsüberschuss verbesserte sich im vierten Quartal 2012 gegenüber dem Vorquartal um € 42 Millionen auf € 876 Millionen. Die Zinsspanne (gerechnet auf die zinstragenden Aktiva) stieg dabei um 28 Basispunkte auf 2,77 Prozent, während die durchschnittlichen zinstragenden Aktiva um 6 Prozent oder € 7.583 Millionen auf € 126.653 Millionen abnahmen.

Nach Segmenten betrachtet verzeichnete Russland auf Grundlage eines verbesserten Interbankengeschäfts sowie geringerer Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kunden eine Erhöhung der Zinsspanne um 48 Basispunkte auf 5,45 Prozent. In GUS Sonstige hingegen fiel die Zinsmarge v. a. angesichts der Hochinflation in Belarus von 7,31 Prozent auf 6,96 Prozent. In Südosteuropa wiederum stieg die Zinsmarge um 33 Basispunkte auf 4,27 Prozent, in erster Linie bedingt durch die Entwicklung in Serbien, wo der Zinsüberschuss im vierten Quartal durch gestiegene Zinserträge aus Krediten sowie Wertpapieren geprägt war. Eine leichte Erhöhung der Zinsspanne um 8 Basispunkte auf 2,81 Prozent war auch in Zentraleuropa zu verzeichnen.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss lag im vierten Quartal 2012 mit € 396 Millionen nahezu unverändert auf dem Niveau des Vorquartals. Ergebnisrückgänge im Kredit- und Garantiegeschäft sowie im Devisen-, Valuten- und Edelmetallgeschäft wurden hier durch höhere Erträge aus den Bereichen Zahlungsverkehr, sonstige Bankdienstleistungen und Wertpapiergeschäft nahezu kompensiert.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis sank im Quartalsvergleich um € 59 Millionen auf minus € 6 Millionen. Diese Entwicklung ist v. a. auf einen Rückgang im zinsbezogenen Geschäft aufgrund von Bewertungsverlusten zurückzuführen. Darüber hinaus belastete eine geänderte Einschätzung der Ausfallwahrscheinlichkeit für das Kontrahentenausfallrisiko das Bewertungsergebnis aus zinsbezogenen Geschäften.

Einen Rückgang um € 3 Millionen verzeichnete im vierten Quartal auch das Ergebnis aus dem währungsbezogenen Geschäft. Dazu trug v. a. das infolge der Anwendung des IAS 29 (Rechnungslegung für Hochinflationen) rückläufige Ergebnis in Belarus bei. Dem standen Bewertungsgewinne aus einer strategischen Währungsposition gegenüber.

Im Kreditderivatgeschäft verzeichnete die RBI im Quartalsvergleich einen Zuwachs von € 3 Millionen.

Das Ergebnis aus dem sonstigen Geschäft erhöhte sich aufgrund der Bewertung der gegebenen Kapitalgarantien um € 3 Millionen.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

Das sonstige betriebliche Ergebnis ohne Berücksichtigung der Firmenwertabschreibungen betrug im vierten Quartal 2012 minus € 12 Millionen, im dritten Quartal war es bei minus € 16 Millionen gelegen.

Das Ergebnis aus der Vermittlung von Dienstleistungen leistete im vierten Quartal vorwiegend in Polen einen positiven Beitrag. Demgegenüber verursachten das Ergebnis aus dem Abgang von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten sowie die Bankenabgaben im vierten Quartal einen höheren Aufwand.

Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen lagen im vierten Quartal 2012 mit € 928 Millionen um € 109 Millionen über dem Wert des Vorquartals. Dabei stieg der Personalaufwand aufgrund von Anpassungen für zukünftige Bonuszahlungen und der Bildung einer Restrukturierungsrückstellung in Polen um € 18 Millionen. Durch den saisonal bedingten Anstieg der Rechts- und Beratungsaufwendungen, des IT-Aufwands sowie des Werbe- und Repräsentationsaufwands im vierten Quartal erhöhte sich auch der Sachaufwand um € 62 Millionen auf € 373 Millionen. Die Abschreibungen auf Sachanlagen betrugen im vierten Quartal € 126 Millionen und lagen damit um € 29 Millionen über dem Wert des Vergleichs quartals. Hauptverantwortlich dafür waren Wertberichtigungen für Software-Systeme in der Ukraine und der Tschechischen Republik sowie für Sachanlagen infolge der Schließung von Geschäftsstellen in Ungarn. In der Konzernzentrale erhöhten sich die Abschreibungen im vierten Quartal aufgrund einer Anpassung der Nutzungsdauer von Anlagen.

Kreditrisikoversorgen

Verglichen mit den Vorquartalen waren die Nettodotierungen zu Kreditrisikoversorgen der RBI im vierten Quartal 2012 mit € 385 Millionen deutlich höher – gegenüber dem dritten Quartal bedeutet dies einen Anstieg um € 162 Millionen. Aufgrund einzelner Fälle bei großen Firmenkunden war insbesondere in Ungarn ein Anstieg gegenüber dem Vorquartal um € 55 Millionen zu verzeichnen, in der Konzernzentrale wurden ebenfalls um € 48 Millionen höhere Vorsorgen gebildet. Weitere kräftige Zuwächse waren in der Tschechischen Republik, in Polen und in Slowenien zu verbuchen.

Der Bestand an notleidenden Krediten an Kunden ging jedoch im Quartalsabstand um € 157 Millionen auf € 8.183 Millionen zurück. € 64 Millionen dieses Rückgangs waren auf Währungseffekte zurückzuführen. Für den organischen Rückgang der notleidenden Kredite war die Ukraine hauptverantwortlich, die größten Zuwächse verzeichneten hingegen die Konzernzentrale, Slowenien und Polen.

Übrige Ergebnisse

Ergebnis aus Derivaten und Verbindlichkeiten

Das Ergebnis aus derivativen Finanzinstrumenten verbesserte sich – hauptsächlich aufgrund der Fair-Value-Option – im vierten Quartal um € 68 Millionen auf minus € 20 Millionen. Einen Anstieg zeigte auch das Ergebnis aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten eigenen Emissionen. Es lag im vierten Quartal bei minus € 44 Millionen nach minus € 102 Millionen im Vorquartal.

Ergebnis aus Finanzinvestitionen

Das Ergebnis aus Finanzinvestitionen blieb mit € 19 Millionen um € 27 Millionen unter dem Wert des Vorquartals. Dafür waren einerseits Teilwertabschreibungen auf sonstige Beteiligungen v. a. in der Konzernzentrale, andererseits niedrigere Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse aus zum beizulegenden Zeitwert bewerteten Wertpapieren verantwortlich.

Firmenwertabschreibungen

Das übrige Ergebnis wurde im vierten Quartal 2012 durch – überwiegend bei der Tochterbank in der Ukraine vorgenommene – Firmenwertabschreibungen in Höhe von € 37 Millionen belastet.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Der Steueraufwand lag im vierten Quartal 2012 bei € 58 Millionen gegenüber € 32 Millionen im Vorquartal. Für diesen Anstieg waren die Konzernzentrale – deren positive latente Steuern infolge geringerer ansetzbarer Verlustvorträge niedriger ausfielen – sowie Ungarn aufgrund höherer latenter Steueraufwendungen verantwortlich.

Bilanz

Die Bilanzsumme der RBI ging im Verlauf des Jahres 2012 um 7 Prozent oder € 10,9 Milliarden auf € 136,1 Milliarden zurück. Dieser Rückgang stand ganz im Zeichen der Bilanzstrukturbereinigung zur Erfüllung der strengeren Eigenkapitalvorgaben der EBA.

Aktiva

Die Forderungen an Kunden (vor Abzug der Kreditrisikovorsorgen) stiegen im Berichtsjahr um 2 Prozent oder € 1,8 Milliarden auf € 83,3 Milliarden. Im Retail-Kundengeschäft wurde dabei ein Zuwachs um € 5,1 Milliarden verzeichnet, der v. a. in Polen durch die Einbeziehung der Polbank sowie in Russland durch Neugeschäft anfiel. In Zentral- und Osteuropa kam es hingegen zu leichten Rückgängen, insbesondere in der Ukraine, Kroatien und Ungarn. Im Firmenkundengeschäft trat ebenfalls ein Rückgang um € 3,4 Milliarden ein, der überwiegend die Konzernzentrale – und zwar durch geringeres Neugeschäft und Forderungsverkäufe – sowie die Geschäftsstellen in Asien und die Finanzierungsgesellschaft in New York betraf.

Das Interbankengeschäft wurde v. a. in der Konzernzentrale um 13 Prozent oder € 3,4 Milliarden auf € 22,3 Milliarden zurückgefahren. Der Stand an Kreditrisikovorsorgen wiederum erhöhte sich gegenüber dem Jahresultimo 2011 um € 0,6 Milliarden auf € 5,6 Milliarden, von denen € 5,5 Milliarden auf Kundenforderungen entfielen.

Verkäufe von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren und Wertpapieren des Fair-Value-Bestands – vorgenommen hauptsächlich in der Konzernzentrale – führten zu einem Rückgang des Wertpapierportfolios inkl. Beteiligungen um € 3,5 Milliarden auf € 16,4 Milliarden. Die übrigen Aktiva verringerten sich v. a. durch die Reduktion der Barreserve um € 5,1 Milliarden auf € 19,7 Milliarden.

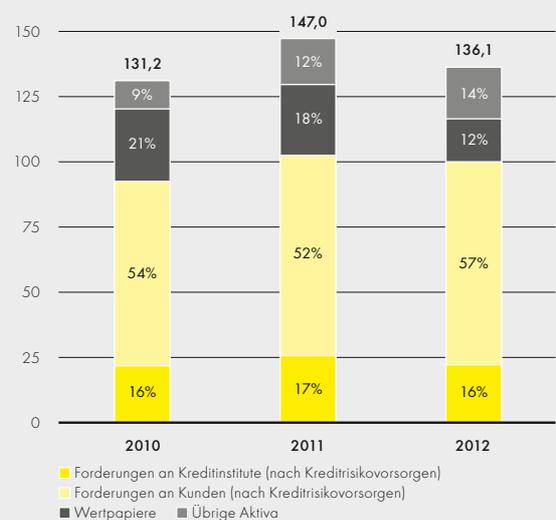
Passiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden blieben im Jahresvergleich mit € 66,3 Milliarden relativ stabil. Die Einlagen von Retail-Kunden wuchsen dabei – überwiegend in Polen (Einbeziehung der Polbank) und Russland – um € 3,9 Milliarden, jene von Firmenkunden gingen hingegen um € 4,1 Milliarden zurück, hervorgerufen vor allem durch das Repo-Geschäft in der Konzernzentrale. Das Refinanzierungsvolumen über Kreditinstitute (überwiegend Geschäftsbanken) verringerte sich wegen geringerer kurzfristiger Einlagen um € 7,8 Milliarden auf € 30,2 Milliarden.

Das Eigen- und Nachrangkapital blieb mit € 14,8 Milliarden nahezu unverändert. Die übrigen Passiva reduzierten sich um € 2,3 Milliarden auf € 24,8 Milliarden. Dabei sanken die verbrieften Verbindlichkeiten per Saldo um € 1,1 Milliarden auf € 13,3 Milliarden, die Handelspassiva wurden v. a. in der Konzernzentrale um € 0,9 Milliarden reduziert.

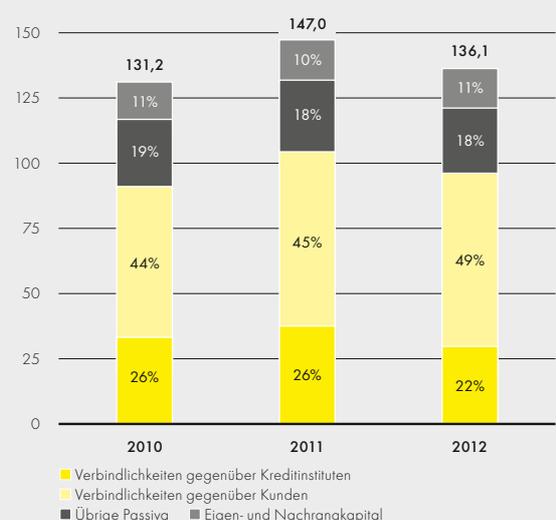
Struktur der Bilanzaktiva

in € Milliarden



Struktur der Bilanzpassiva

in € Milliarden



Eigenkapital

Bilanzielles Eigenkapital

Das bilanzielle Eigenkapital der RBI ging im Berichtszeitraum gegenüber dem Jahresultimo 2011 um € 63 Millionen auf € 10.873 Millionen zurück.

Dabei stieg das Konzern-Eigenkapital, bestehend aus gezeichnetem Kapital, Partizipationskapital, Kapitalrücklagen und Gewinnrücklagen, um € 603 Millionen auf € 9.428 Millionen, überwiegend zurückzuführen auf die Gewinnthesaurierung aus dem Geschäftsjahr 2011 in Höhe von € 563 Millionen. Einen weiteren Beitrag von per Saldo € 69 Millionen lieferte das sonstige Ergebnis: Während hier die Währungsdifferenzen einen positiven Effekt von € 150 Millionen brachten, betrug das Bewertungsergebnis aus der Veräußerung verfügbaren Vermögenswerten überwiegend aufgrund des Verkaufs und der folgenden Umgliederung des Ergebnisses in die Erfolgsrechnung minus € 147 Millionen. Die darauf gebildeten latenten Steuern betragen € 37 Millionen. Zusätzlich verursachte der Effekt aus der Anwendung der Rechnungslegung für Hochinflationen ein Plus von € 30 Millionen.

Im Juni 2012 beschloss die Hauptversammlung der RBI AG die Ausschüttung einer Dividende von € 1,05 pro Aktie für das Geschäftsjahr 2011. Daraus ergab sich eine Auszahlung von insgesamt € 204 Millionen. Weiters wurde auf das Partizipationskapital eine Dividende in Höhe von € 200 Millionen ausgezahlt.

Der Konzern-Jahresüberschuss steuerte 2012 € 725 Millionen zum Eigenkapital bei.

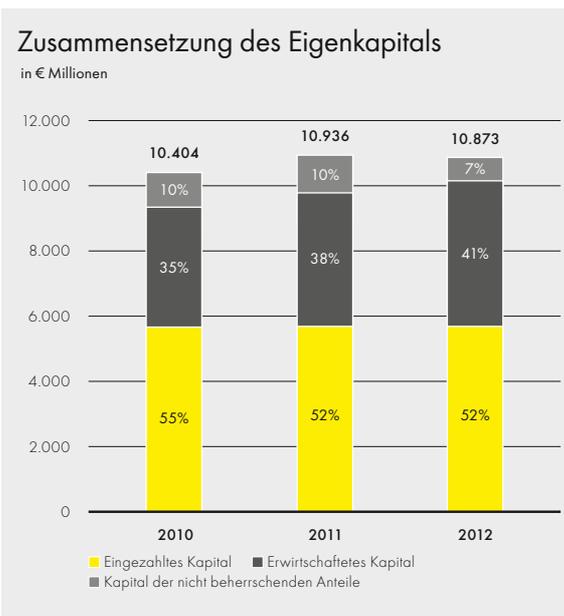
Das Kapital der nicht beherrschenden Anteile reduzierte sich 2012 um € 424 Millionen auf € 719 Millionen. Dies war überwiegend auf die Käufe von Minderheitsanteilen zurückzuführen. So erwarb die RBI im Berichtsjahr einen Anteil von 24 Prozent an der Raiffeisenbank a.s., Prag, einen Anteil von 13 Prozent an der Tatra banka, a.s., Bratislava, einen Anteil von 30 Prozent an der Raiffeisen Bank Zrt., Budapest, einen Anteil von 12 Prozent an der Raiffeisen Banka d.d., Maribor, sowie einen Anteil von 3 Prozent an der Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajewo. Weiters wurden im Berichtsjahr Dividenden in Höhe von € 58 Millionen an Minderheitengesellschafter ausgeschüttet.

Eigenmittel gemäß BWG

Im Berichtsjahr wurde die Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel gemäß § 29a BWG auf internationale Rechnungslegungsstandards umgestellt. Die Vergleichswerte basieren auf BWG/UGB und wurden nicht angepasst. Die RBI bildet keine eigene Kreditinstitutgruppe im Sinn des BWG und unterliegt daher als Konzern selbst nicht den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen für Bankengruppen, da sie Teil der RZB-Kreditinstitutgruppe ist. Die nachfolgend dargestellten konsolidierten Werte wurden nach den Bestimmungen des BWG ermittelt und gehen in die Berechnung der RZB-Kreditinstitutgruppe ein.

Das Kreditrisiko wird überwiegend nach dem auf internen Ratings basierenden Ansatz (Basis-IRB-Ansatz) gemäß § 22 BWG berechnet. Dies betrifft nahezu das gesamte Non-Retail-Geschäft in der RBI AG sowie in den Tochtergesellschaften in Kroatien, Malta, Rumänien, Russland, der Slowakei, der Tschechischen Republik, Ungarn und den USA. Ein Großteil der Forderungen an Privatkunden in der Slowakei, der Tschechischen Republik und Ungarn wird nach dem Advanced-IRB-Ansatz berechnet. Das Marktrisiko wird überwiegend nach dem Standardansatz berechnet, in der RBI AG erfolgt die Berechnung teilweise nach dem internen Modell.

Die konsolidierten Eigenmittel gemäß BWG betragen per 31. Dezember 2012 € 12.885 Millionen. Dies entspricht einem Anstieg von € 27 Millionen im Berichtsjahr.



Dabei sank das Kernkapital um 2 Prozent oder € 155 Millionen auf € 9.279 Millionen. Positiv wirkte sich der Effekt aus der Umstellung der Berechnung auf internationale Rechnungslegung aus, der Ende des zweiten Quartals 2012 € 497 Millionen betrug. Dagegen reduzierte sich das Kernkapital durch den Kauf von Minderheitenanteilen von Tochtergesellschaften durch die RBI um insgesamt € 405 Millionen. Der Rückkauf von hybridem Tier-1-Kapital von externen Investoren reduzierte das Kernkapital zusätzlich um € 359 Millionen, die Einbeziehung der Polbank führte Anfang Mai zu einer weiteren Reduktion um € 229 Millionen. Der Gewinn des Geschäftsjahres ist in der Berechnung enthalten, es wurden jedoch die voraussichtlich auszubehaltenden Dividenden für das Geschäftsjahr 2012 abgezogen. Hingegen wirkten sich die Aufwertungen v. a. des polnischen Zloty, des ungarischen Forint und des russischen Rubels gegenüber dem Euro positiv auf die Höhe der Eigenmittel aus.

Im Vergleich zum Vorjahr sanken die ergänzenden Eigenmittel um € 28 Millionen auf € 3.340 Millionen. Sie bestehen im Wesentlichen aus dem langfristigen nachrangigen Kapital, von dem mit € 2.878 Millionen der größte Teil auf die RBI AG entfiel, und dem berücksichtigungsfähigen Risikovorsorgeüberschuss für IRB-Positionen von € 226 Millionen. Das kurzfristige nachrangige Kapital nahm wegen abreifender Tier-2-Emissionen um € 202 Millionen auf € 302 Millionen zu. Die Abzugsposten betreffend Beteiligungen, Verbriefungen und Versicherungen ergaben insgesamt € 36 Millionen (2011: € 44 Millionen).

Den Eigenmitteln stand ein um € 998 Millionen verringertes Eigenmittelerfordernis von € 6.626 Millionen gegenüber. Auf das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko entfielen davon € 5.451 Millionen und damit um 12 Prozent oder € 721 Millionen weniger als im Vorjahr. Davon wurden € 2.439 Millionen nach dem Standardansatz und € 3.012 Millionen nach dem IRB-Ansatz berechnet. Das Erfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten und Waren reduzierte sich ebenfalls um € 247 Millionen auf € 273 Millionen. Hervorgerufen wurde dies einerseits durch die vor dem Hintergrund der EBA-Vorgaben eingeleiteten Maßnahmen zur Reduktion des Nicht-Kerngeschäfts mit Fokus auf Marktrisikopositionen und andererseits durch eine Aktualisierung des internen Berechnungsmodells. Dadurch nahm auch das Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Fremdwährungen um 60 Prozent oder € 84 Millionen auf € 56 Millionen ab. Das Erfordernis für das operationelle Risiko betrug € 845 Millionen (2011: € 792 Millionen).

Daraus resultierte eine um 25,8 Prozentpunkte verbesserte Überdeckung von 94,5 Prozent oder € 6.260 Millionen.

Die Kernkapitalquote – bezogen auf das Kreditrisiko – betrug 13,6 Prozent. Gemessen am gesamten Risiko ergab sich eine Core Tier 1 Ratio von 10,7 Prozent und eine Kernkapitalquote von 11,2 Prozent. Die Eigenmittelquote erreichte 15,6 Prozent.

Erfolgreiche Umsetzung der EBA-Vorgaben

Zur Stärkung des Finanzsystems beschloss die EBA im Herbst 2011 strengere Eigenkapitalerfordernisse für rund 70 systemrelevante Banken in der EU. Im Zuge dessen wurde eine harte Kernkapitalquote (Core Tier 1 nach Definition der EBA) von 9 Prozent als Zielwert definiert, der bis zum 30. Juni 2012 zu erfüllen war. Für die RZB-Gruppe – die RBI selbst war nicht Gegenstand der EBA-Analyse – resultierte daraus gemäß EBA-Berechnungen ein zusätzlicher Kapitalbedarf von rund € 2,1 Milliarden. Dieser Wert wurde nach Umsetzung zahlreicher interner Maßnahmen aus eigener Kraft und ohne Inanspruchnahme staatlicher Hilfe deutlich übertroffen. Zum vorgegebenen Erfüllungstermin lag der Wert für die RZB-Gruppe bei 10,0 Prozent, einschließlich des aufgelaufenen Gewinns sogar bei 10,6 Prozent.

Forschung und Entwicklung

Die RBI ist als Bank auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung im engeren Sinn prinzipiell nicht tätig.

Im Rahmen des Financial Engineering entwickelt sie jedoch für ihre Kunden maßgeschneiderte Lösungen im Zusammenhang mit Investitionen, Finanzierungen oder der Risikoabsicherung. Das Financial Engineering umfasst – neben strukturierten Investment-Produkten – insbesondere strukturierte Finanzierungen, also Finanzierungskonzepte, die über den Einsatz von Standardinstrumenten hinausgehen und etwa in der Akquisitions- oder Projektfinanzierung eingesetzt werden. Ebenso entwickelt die RBI für ihre Kunden individuelle Lösungen zur Absicherung der unterschiedlichsten Risiken, vom Zinsrisiko über das Währungsrisiko bis hin zum Rohstoffpreisrisiko.

Internes Kontroll- und Risikomanagement-System im Hinblick auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für die RBI und ihre Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Der Vorstand trägt die Verantwortung für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des Unternehmens entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems im Hinblick auf den gesamten Rechnungslegungsprozess. Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, das Management dadurch zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Basis für die Erstellung des Konzernabschlusses sind die einschlägigen österreichischen Gesetze, allen voran das österreichische Bankwesengesetz (BWG) und das österreichische Unternehmensgesetzbuch (UGB), in denen die Aufstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses geregelt wird. Die Rechnungslegungsnorm für den Konzernabschluss bilden die International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie von der EU übernommen wurden.

Kontrollumfeld

Für die RBI und den übergeordneten RZB-Konzern besteht bereits seit Jahren ein internes Kontrollsystem mit einem Anweisungswesen in Form von Directives und Instructions für strategisch wichtige Themenbereiche als zentralem Element. Dies umfasst

- die Kompetenzordnung für die Genehmigung von Konzern- und Unternehmensdirektiven sowie Abteilungs- und Bereichsanweisungen,
- Prozessbeschreibungen für die Erstellung, Qualitätsüberprüfung, Genehmigung, Veröffentlichung, Implementierung und Überwachung von Direktiven und Anweisungen sowie
- Regelungen für die Überarbeitung bzw. die Außerkraftsetzung von Direktiven und Anweisungen.

Für die Implementierung der Konzernanweisungen ist das Management der jeweiligen Konzerneinheiten verantwortlich. Die Überwachung der Einhaltung dieser Konzernregelungen erfolgt im Rahmen von Revisionsprüfungen durch die Konzern- und die lokale Revision.

Erstellt wird der Konzernabschluss in der Abteilung Group Financial Reporting, die im Bereich des Finanzvorstands angesiedelt ist. Die zugehörigen Verantwortlichkeiten sind im Rahmen einer eigenen Konzernfunktion konzernweit definiert.

Risikobeurteilung

Wesentliche Risiken in Bezug auf den Konzern-Rechnungslegungsprozess werden durch den Vorstand evaluiert und überwacht. Komplexe Bilanzierungsgrundsätze können zu einem erhöhten Fehlerisiko führen, dasselbe gilt für uneinheitliche Grundsätze für die Bewertung, insbesondere für die im Konzern essenziellen Finanzinstrumente. Darüber hinaus birgt auch ein schwieriges Geschäftsumfeld das Risiko wesentlicher Fehler in der Berichterstattung. Für verschiedene Aktiv- und Passivposten, für die kein verlässlicher Marktwert ermittelbar ist, müssen im Rahmen der Erstellung eines Konzernabschlusses Schätzungen vorgenommen werden. Dies gilt speziell für das Kreditgeschäft, das Sozialkapital sowie die Werthaltigkeit von Wertpapieren, Beteiligungen und Firmenwerten.

Kontrollmaßnahmen

Die Erstellung der Einzelabschlüsse erfolgt dezentral in den jeweiligen Konzerneinheiten nach den Vorgaben des RZB-Konzerns. Die für das Rechnungswesen verantwortlichen Mitarbeiter und Geschäftsleiter der Konzerneinheiten sind für die vollständige Abbildung und korrekte Bewertung aller Transaktionen verantwortlich. Durch abweichende Berichtsstichtage und unterschiedliche lokale Rechnungslegungsstandards können die lokalen Einzelabschlüsse von den an die RBI gelieferten Werten abweichen. Es liegt in der Verantwortung der jeweiligen lokalen Geschäftsführung, dass die vorgeschriebenen internen Kontrollmaßnahmen, z. B. Funktionstrennungen oder das Vier-Augen-Prinzip, umgesetzt werden.

Konzernkonsolidierung

Die Übermittlung der Abschlussdaten, die von einem externen Wirtschaftsprüfer geprüft werden, erfolgt überwiegend durch Direkteingabe in das Konsolidierungssystem Cognos Controller jeweils bis Ende Jänner des Folgejahres. Das System ist in Bezug auf die IT-Sicherheit durch die restriktive Vergabe von Berechtigungen geschützt.

Die von den Konzerneinheiten eingelangten Abschlussdaten werden in der Abteilung Group Financial Reporting durch den zuständigen Key Account Manager für die Konzerneinheit zunächst auf Plausibilität überprüft. Kontrollaktivitäten auf Konzernebene umfassen die Analyse und gegebenenfalls die Anpassung der von den Konzerneinheiten vorgelegten Finanzabschlüsse. Dabei werden die vom Abschlussprüfer vorgelegten Berichte und die Ergebnisse der Abschlussbesprechungen mit Vertretern der Einzelgesellschaften berücksichtigt. In den Gesprächen werden sowohl die Plausibilität der Einzelabschlüsse als auch kritische Einzel Sachverhalte der Konzerneinheiten diskutiert.

Im Konsolidierungssystem Cognos Controller erfolgen dann die weiteren Konsolidierungsschritte. Diese umfassen u. a. die Kapitalkonsolidierung, die Aufwands- und Ertragskonsolidierung sowie die Schuldenkonsolidierung. Abschließend werden allfällige Zwischengewinne durch Konzernbuchungen eliminiert. Die Erstellung der nach IFRS und BWG/UGB geforderten Anhangangaben bildet den Abschluss der Konsolidierung.

Zusätzlich zum Vorstand umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene (Abteilungsleiter). Sämtliche Kontrollmaßnahmen werden im laufenden Geschäftsprozess angewendet, um sicherzustellen, dass potenzielle Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vermieden bzw. entdeckt und korrigiert werden. Die Kontrollmaßnahmen reichen von der Durchsicht der Periodenergebnisse durch das Management bis hin zur spezifischen Überleitung von Konten und zur Analyse der fortlaufenden Prozesse im Rechnungswesen.

Der Konzernabschluss wird samt dem Lagebericht im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats behandelt und darüber hinaus dem Aufsichtsrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der firmeneigenen Internetseite sowie im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht und zuletzt zum Firmenbuch eingereicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für den Konzernabschluss sind standardisierte, konzernweit einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei im RZB Group Accounts Manual definiert sowie erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich. Die Anweisungen an die Konzerneinheiten betreffend Details zu Bewertungsmaßnahmen im Bereich des Kreditrisikos und ähnlicher Problemstellungen erfolgen im Rahmen von Konzerndirektiven. Änderungen in den Anweisungen und Standards werden den betroffenen Einheiten in regelmäßigen Schulungen kommuniziert.

Im jährlich erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form eines vollständigen Konzernabschlusses dargestellt. Dieser Konzernabschluss wird vom externen Konzern-Abschlussprüfer geprüft. Zusätzlich wird eine Management Summary (Konzern-Lagebericht) erstellt, in der eine verbale Erläuterung der Konzernergebnisse gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt.

Unterjährig wird monatlich auf konsolidierter Basis an das Konzern-Management berichtet. Die öffentlichen Zwischenberichte – sie entsprechen den Bestimmungen des IAS 34 – werden gemäß Börsegesetz quartalsweise erstellt. Zu veröffentlichende Konzernabschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern und dem Finanzvorstand vor Weiterleitung an den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats einer abschließenden Würdigung unterzogen. Für das Management werden darüber hinaus Analysen zum Konzernabschluss zusammengestellt; ebenso erfolgen periodisch Vorscheurechnungen für den Konzern. Der vom Bereich Planning & Finance durchgeführte Budgetierungs- und Kapitalplanungsprozess schließt auch die Erstellung von Konzernbudgets auf Dreijahresbasis ein.

Überwachung

Die Verantwortung für die unternehmensweite fortlaufende Überwachung obliegt dem Vorstand sowie dem Controlling. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig; so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Zusätzlich ist die interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird dabei vom Bereich Audit (Group Audit) der RZB wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit gültigen revisionspezifischen Regelwerke (Audit Group Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen „Best Practices“ basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter).

Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Audit berichtet direkt an die Vorstände der RZB und der RBI.

Kapital-, Anteils-, Stimm- und Kontrollrechte

Die folgenden Angaben decken die Bestimmungen des § 243a (1) UGB ab:

(1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt € 596.290.628,20 und ist in 195.505.124 auf Inhaber lautende stimmberechtigte Stammaktien aufgeteilt. Davon waren zum Stichtag 31. Dezember 2012 557.295 Stück eigene Aktien, sodass sich zum Bilanzstichtag 194.947.829 Aktien im Umlauf befanden. Für detaillierte Angaben wird auf Erläuterung (34) Eigenkapital im Anhang verwiesen.

(2) Die Satzung enthält keine Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen. Dem Vorstand sind keine Beschränkungen aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern bekannt.

(3) Die RZB hält per 31. Dezember 2012 über ihre 100-Prozent-Tochter Raiffeisen International Beteiligungs GmbH, Wien, indirekt rund 78,5 Prozent am Grundkapital der Gesellschaft. Die restlichen Aktien der RBI befinden sich im Streubesitz. Dem Vorstand sind darunter keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die zumindest 10 Prozent betragen. Die RZB ihrerseits steht zu rund 78,5 Prozent im Eigentum der R-Landesbanken-Beteiligung GmbH, Wien, die wiederum zu 100 Prozent von der Raiffeisen-Landesbanken-Holding GmbH gehalten wird.

(4) Laut Satzung der Gesellschaft wird der RZB das Recht auf Entsendung von bis zu einem Drittel der von der Hauptversammlung zu wählenden Mitglieder des Aufsichtsrats eingeräumt, solange sie eine Beteiligung am Grundkapital hält. Darüber hinaus bestehen keine besonderen Kontrollrechte von Aktieninhabern.

(5) Es besteht keine Stimmrechtskontrolle bei einer Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer.

(6) Laut Satzung können Personen, die das 68. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Vorstands bestellt oder für eine weitere Funktionsperiode wiederbestellt werden. Für den Aufsichtsrat gilt, dass Personen, die das 75. Lebensjahr vollendet haben, nicht zum Mitglied des Aufsichtsrats gewählt oder für eine weitere Funktionsperiode wiedergewählt werden können. Mitglied des Aufsichtsrats kann ferner keine Person sein, welche insgesamt bereits acht Aufsichtsratsmandate in börsennotierten Gesellschaften hat. Der Vorsitz im Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft zählt doppelt. Von dieser Beschränkung kann die Hauptversammlung durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen Abstand nehmen, sofern dies gesetzlich zulässig ist. Jede zur Wahl bestellte Person, die mehr Aufsichtsratsmandate oder -vorsitze in börsennotierten Gesellschaften innehat, hat dies der Hauptversammlung gegenüber offenzulegen. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen hinsichtlich der Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats. Die Satzung der Gesellschaft sieht vor, dass, soweit nicht zwingende gesetzliche Bestimmungen oder die Satzung eine andere Mehrheit vorschreiben, die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen fasst. In Fällen, in denen das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, erfolgt dies mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals. Aufgrund dieser Bestimmung können Aufsichtsratsmitglieder vorzeitig mit einfacher Mehrheit abberufen werden. Der Aufsichtsrat kann Satzungsänderungen, die nur die Fassung betreffen, beschließen. Dieses Recht kann an Ausschüsse delegiert werden. Darüber hinaus bestehen keine über das Gesetz hinausgehenden Bestimmungen über die Änderung der Satzung der Gesellschaft.

(7) Der Vorstand ist seit der Hauptversammlung vom 8. Juni 2011 gemäß § 169 Aktiengesetz (AktG) ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch das Grundkapital – allenfalls in mehreren Tranchen – um bis zu € 298.145.314,10 durch Ausgabe von bis zu 97.752.562 Stück neuen, auf Inhaber lautenden stimmberechtigten Stammaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlage unter Wahrung des den Aktionären zustehenden gesetzlichen Bezugsrechts, auch im Wege des mittelbaren Bezugsrechts durch ein Kreditinstitut gemäß § 153 (6) AktG, zu erhöhen und den Ausgabekurs sowie die Ausgabebedingungen im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen. Der Aufsichtsrat oder ein hierzu vom Aufsichtsrat bevollmächtigter Ausschuss ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich aus der Ausnützung des genehmigten Kapitals ergeben, zu beschließen.

Das Grundkapital ist gemäß § 159 (2) Z 1 AktG um bis zu € 47.173.587,50 durch Ausgabe von bis zu 15.466.750 Stück auf Inhaber lautenden Stammaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital). Die Kapitalerhöhung würde nur insoweit durchgeführt, als Inhaber von Wandelschuldverschreibungen, die auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2008 ausgegebenen würden, von dem ihnen gewährten Wandlungsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen. Der Vorstand wurde in der Hauptversammlung vom 10. Juni 2008 ermächtigt, gemäß § 174 (2) AktG innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der gegenständlichen Beschlussfassung durch die Hauptversammlung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Wandelschuldverschreibungen mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2 Milliarden auszugeben, mit denen ein Umtausch- oder Bezugsrecht auf bis zu 15.466.750 Stück auf Inhaber lautende Stammaktien der Gesellschaft mit dem anteiligen Betrag am Grundkapital von bis zu € 47.173.587,50 verbunden ist. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Wandelschuldverschreibungen ist ausgeschlossen. Bis dato wurden keine Wandelschuldverschreibungen ausgegeben.

Die Hauptversammlung vom 20. Juni 2012 ermächtigte den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 8 AktG für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung, eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 10 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben und gegebenenfalls einzuziehen. Die Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke - mit Ausnahme des Wertpapierhandels - durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Der geringste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert beträgt € 1 pro Aktie, der höchste beim Rückerwerb zu leistende Gegenwert darf nicht mehr als 10 Prozent über dem durchschnittlichen, ungewichteten Börseschlusskurs der der Ausübung dieser Ermächtigung vorangegangenen zehn Handelstage liegen. Der Vorstand wurde weiters ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung der eigenen Aktien eine andere Art als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu beschließen. Das Bezugsrecht der Aktionäre darf nur dann ausgeschlossen werden, wenn die Verwendung der eigenen Aktien als Gegenleistung für eine Sacheinlage, beim Erwerb von Unternehmen, Betrieben, Teilbetrieben oder Anteilen an einer oder mehreren Gesellschaften im In- oder Ausland oder zum Zweck der Durchführung des Share Incentive Program (SIP) der Gesellschaft für leitende Angestellte und Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen erfolgt. Weiters kann für den Fall, dass Wandelschuldverschreibungen auf der Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 10. Juni 2008 ausgegeben werden, das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, um (eigene) Aktien an solche Gläubiger von Wandelschuldverschreibungen auszugeben, die von dem ihnen gemäß den Bedingungen der Wandelschuldverschreibungen gewährten Umtausch- oder Bezugsrecht auf Aktien der Gesellschaft Gebrauch gemacht haben. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 8. Juli 2010 beschlossene Ermächtigung zum Rückkauf und zur Verwendung eigener Aktien. Seit der Ermächtigung im Juni 2012 wurden keine eigenen Aktien erworben.

Die Hauptversammlung vom 20. Juni 2012 ermächtigte ferner den Vorstand nach den Bestimmungen des § 65 (1) Z 7 AktG, zum Zweck des Wertpapierhandels, der auch außerbörslich durchgeführt werden darf, für die Dauer von 30 Monaten ab dem Datum der Beschlussfassung eigene Aktien im Ausmaß von bis zu 5 Prozent des jeweiligen Grundkapitals der Gesellschaft zu erwerben. Der Gegenwert der zu erwerbenden Aktien darf die Hälfte des Schlusskurses an der Wiener Börse am letzten Handelstag vor dem Erwerb nicht unterschreiten und das Doppelte dieses Schlusskurses nicht überschreiten. Diese Ermächtigung kann ganz oder in mehreren Teilbeträgen durch die Gesellschaft, mit ihr verbundene Unternehmen oder für deren Rechnung durch Dritte ausgeübt werden. Diese Ermächtigung ersetzt die in der Hauptversammlung vom 8. Juli 2010 beschlossene Ermächtigung zum Zweck des Wertpapierhandels.

Der Vorstand der Gesellschaft wurde in der am 9. Juni 2009 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren ab dem Datum der Beschlussfassung mit Zustimmung des Aufsichtsrats, auch in mehreren Tranchen, Genussrechte mit Eigenkapitalcharakter gemäß § 174 AktG mit einem Gesamtnennbetrag von bis zu € 2 Milliarden nach näherer Maßgabe der vom Vorstand festzulegenden Genussrechtsbedingungen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auszugeben. Es ist darauf hinzuweisen, dass Genussrechte aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen keine Stimmrechte oder sonstigen Mitgliedschaftsrechte gewähren. Die Ausgabe von Genussrechten hat daher keine Veränderung der aktienrechtlichen Beteiligungsstruktur und der Stimmrechte der Aktionäre zur Folge. Die Gesellschaft beschloss am 15. Juli 2009, das Eigenkapital durch die Ausgabe von Genussrechten in Höhe von € 600 Millionen aufgrund des Ermächtigungsbeschlusses vom Juni 2009 zu stärken. Im Zuge der Verschmelzung der Hauptgeschäftsfelder der RZB mit der Raiffeisen International zur nunmehrigen RBI mit Wirksamkeit zum 10. Oktober 2010 wurden die gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten der übernehmenden und der übertragenden Gesellschaft hinfällig. Dies betrifft auch das Genussrechtskapital in Höhe von € 600 Millionen, das zur Gänze von der RZB gezeichnet worden war. Bis dato wurden keine weiteren Genussrechte ausgegeben. Für weitere Details wird auf den Anhang, Erläuterung (34) Eigenkapital verwiesen.

Im Zuge der Verschmelzung der Hauptgeschäftsfelder der RZB mit der Raiffeisen International mit Wirkung 10. Oktober 2010 wurde die Emission „Raiffeisen-Partizipationskapital 2008/2009“ der RZB in Höhe von € 2,5 Milliarden zu unveränderten Konditionen auf die RBI übertragen.

Der Vorstand der Gesellschaft wurde in der am 8. Juni 2011 abgehaltenen ordentlichen Hauptversammlung gemäß § 102a BWG ermächtigt, innerhalb von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch das gesamte Partizipationskapital oder das Partizipationskapital einzelner bereits bei der Emission unterschiedener Tranchen mit Zustimmung des Aufsichtsrats unter Berücksichtigung der Emissionsbedingungen einzuziehen; eine teilweise Einziehung von Partizipationskapital einzelner Emissionen oder Tranchen ist zulässig, wenn die Gleichbehandlung der Berechtigten aus dem Partizipationskapital gewährleistet ist.

(8) Es bestehen folgende bedeutende Vereinbarungen, an denen die Gesellschaft beteiligt ist und die bei einem Kontrollwechsel in der Gesellschaft infolge eines Übernahmeangebots wirksam werden, sich ändern oder enden:

- Im Rahmen der D&O-Versicherung der Gesellschaft ist vorgesehen, dass im Fall einer Verschmelzung der RBI auf einen anderen Rechtsträger der Versicherungsvertrag automatisch endet, ohne dass es einer Kündigung bedarf, und Versicherungsschutz nur für Versicherungsfälle wegen vor der Verschmelzung begangener Pflichtverletzungen besteht. Im Fall einer Mehrfachversicherung infolge Neubeherrschung besteht Versicherungsschutz ebenfalls nur für Versicherungsfälle wegen vor dem Beginn der Neubeherrschung begangener Pflichtverletzungen.

- Das SIP der Gesellschaft sieht bei einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle Folgendes vor: „Kommt es während der Wartezeit (Vesting Period) zu einem Wechsel in der Unternehmenskontrolle oder zu einer Fusion, ohne dass der Zusammenschluss ausschließlich Tochtergesellschaften betrifft, so verfallen alle bedingten Aktien zum Zeitpunkt des Erwerbs der Aktien der RBI und der tatsächlichen Verfügungsmöglichkeit des Investors über die Anteile bzw. zum Zeitpunkt der Fusion ersatzlos. Für die verfallenen bedingten Aktien wird eine Entschädigungszahlung vorgenommen. Der ermittelte Entschädigungsbetrag wird mit der nächstmöglichen Gehaltsabrechnung ausbezahlt.“
- Ferner sehen die von der RBI bezüglich einzelner Tochterunternehmen mit den jeweiligen Mitaktionären abgeschlossenen Syndikatsverträge vor, dass diese bei einem Kontrollwechsel automatisch enden.
- Die mit der RZB AG abgeschlossene Markenvereinbarung zur uneingeschränkten Verwendung des Namens und des Logos „Raiffeisen Bank International“ für unbestimmte Zeit in allen Jurisdiktionen, in denen die Marke jetzt oder zukünftig registriert ist, sieht ein Kündigungsrecht bei einem Kontrollwechsel vor.
- Refinanzierungsverträge der Gesellschaft sowie Garantien für Verbindlichkeiten von Tochtergesellschaften sehen bei einem Kontrollwechsel mit wesentlichen negativen Auswirkungen ein vorzeitiges Kündigungsrecht der Kreditverträge vor.

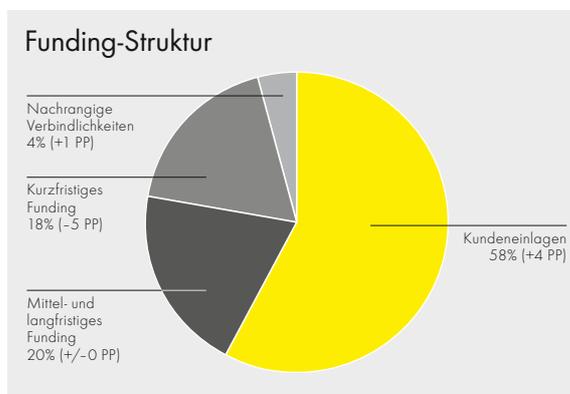
(9) Es bestehen keine Entschädigungsvereinbarungen zwischen der Gesellschaft und ihren Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern oder Arbeitnehmern für den Fall eines öffentlichen Übernahmeangebots.

Funding

Banken refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Eigenmittel, Kundeneinlagen sowie diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Im Jahr 2012 war das Bankenumfeld in der ersten Jahreshälfte erneut stark von der Staatsschuldenkrise beeinflusst, was die Refinanzierung für Banken – vor allem jene über die Finanzmärkte – erschwerte. In der zweiten Jahreshälfte verbesserte sich das Umfeld allerdings zunehmend.

Stabile Refinanzierungsbasis

Die Refinanzierung der RBI basiert auf zwei Säulen: zum einen auf Kundeneinlagen, die Ende 2012 € 66,3 Milliarden oder 58 Prozent der Refinanzierung ausmachten, und zum anderen auf dem Wholesale Funding, das mit € 47,4 Milliarden die verbleibenden 42 Prozent beisteuerte. Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis und macht die RBI damit weniger anfällig für Turbulenzen auf den Finanzmärkten.



Diversifizierte Finanzierungsquellen

Auch 2012 wurde das Wholesale Funding der Netzwerkbanken weiter diversifiziert. Mehr als 40 Prozent des Wholesale Funding der RBI-Tochtergesellschaften in Zentral- und Osteuropa stammten aus externen Quellen.

Supranationale Institutionen (z. B. EBRD und IFC), durch deren Finanzierungsbeitrag z. B. KMU- und Energieeffizienzprojekte in CEE unterstützt werden, sind dabei wichtige Partner für die Gruppe. Insbesondere tragen die Finanzierungen über diese Institutionen positiv zur Entwicklung der stabilen lokalen Funding Ratio des Konzerns bei. Die RBI arbeitet mit diesen Institutionen dabei nicht nur bei der Finanzierung zusammen, sondern auch in anderen Bereichen, etwa dem Risk Sharing, das zu einer Optimierung der risikogewichteten Aktiva führt.

Weitere Funding-Quellen sind strukturierte Transaktionen, so etwa eine Verbriefung für die polnische Leasing-Tochter in Höhe von PLN 500 Millionen, die von der RBI im ersten Quartal 2012 arrangiert und erfolgreich bei privaten Investoren platziert wurde. Im Juni 2012 wurde die erste Tranche einer von der Raiffeisenbank Moskau initiierten Verbriefung von Diversified Payment Rights mit einem Volumen von USD 125 Millionen platziert.

Erfolgreiche Benchmark-Emissionen

Für die mittel- bis langfristige Refinanzierung nutzt die RBI u. a. zwei Emissionsprogramme: das „EUR 25.000.000.000 Debt Issuance Program“ und das „EUR 20.000.000.000 Emissionsprogramm der Raiffeisen Bank International AG“. Im Rahmen dieser Programme können Anleihen in unterschiedlichen Währungen und Strukturen ausgegeben werden. Das Gesamtvolumen der ausstehenden Anleihen darf dabei € 25 Milliarden bzw. € 20 Milliarden nicht überschreiten. Per Jahresresultimo 2012 waren in beiden Programmen in Summe € 12 Milliarden in Anspruch genommen worden.

Trotz des volatilen Marktumfelds konnte die RBI im Jahr 2012 ihren Fundingbedarf zügig decken, indem sie bereits im ersten Halbjahr eine erstrangige Benchmark-Anleihe emittierte sowie zahlreiche Privatplatzierungen durchführte. Im März wurde die erste Benchmark-Emission als erstrangige Fixzinsanleihe mit einem Volumen von € 500 Millionen und dreijähriger Laufzeit emittiert. Die Emission war deutlich überzeichnet.

Ebenfalls im ersten Quartal 2012 begab die RBI die erste Senior-Anleihe einer westlichen Bank in chinesischer Währung im Volumen von CNY 750 Millionen.

Vor der Sommerpause nutzte die RBI das freundlichere Marktumfeld zur Ausgabe einer zweiten Benchmark-Anleihe im Volumen von € 750 Millionen. Auch diese Emission war überzeichnet. Die fünfjährige Anleihe wurde mit einem 2,75-Prozent-Kupon platziert.

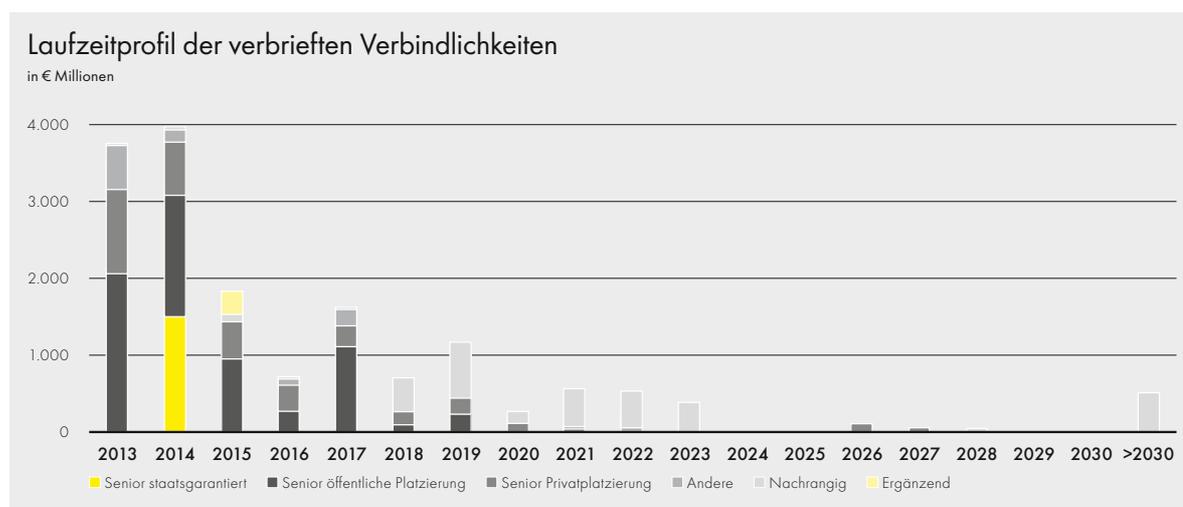
Neben diesen erstrangigen Emissionen nahm die RBI erfolgreich auch nachrangige Mittel auf. So emittierte sie im Oktober die erste Nachrangianleihe einer österreichischen Bank in Schweizer Franken. Die Anleihe wurde aufgrund der hohen Nachfrage mit CHF 250 Millionen in weitaus größerem Volumen emittiert als erwartet. Sie hat eine Laufzeit von 10 Jahren und einen Kupon von 4,75 Prozent.

Kurz nach diesem Debut einer Anleihe in Schweizer Franken bot die RBI bestehenden Investoren den Umtausch von Ergänzungskapital in nachrangiges Kapital (Tier 2) an. Dieses Angebot wurde von etwa der Hälfte der Investoren angenommen.

Weitere Refinanzierungsmaßnahmen

Für die Mittelaufnahme im kurzfristigen Bereich nutzte die RBI 2012 sowohl den Interbankenmarkt als auch ihr Emissionsprogramm für kurzfristige Emissionen (Commercial Papers), das „Euro-Commercial Paper and Certificate of Deposit Programme“. Im Rahmen dieses Programms emittierte die RBI Commercial Papers in unterschiedlichen Währungen und refinanzierte sich damit auch außerhalb des reinen Interbankenmarkts.

Zur Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen arbeitet die RBI auch aktiv an der Erschließung besicherter Refinanzierungen, bei denen vorhandene Assets zur Generierung längerfristig verfügbarer Mittel genutzt werden.



Risikomanagement

Das Eingehen von Risiken und deren Transformation sind integrale Bestandteile des Bankgeschäfts. Daher gehört das aktive Management von Risiken ebenso zu den Kernkompetenzen der Gesamtbanksteuerung wie die Steuerung von Kosten und Erträgen. Um Risiken effektiv erkennen, einstufen und steuern zu können, verfügt der Konzern über ein umfassendes Risikomanagement und -controlling.

Diese Funktion umspannt die gesamte Organisationsstruktur und sämtliche Managementebenen und wird auch in den einzelnen Tochterunternehmen mithilfe der jeweiligen lokalen Risikomanagement-Organisation umgesetzt. Sie ist darauf ausgerichtet, den bewussten Umgang mit und das professionelle Management von Kredit- und Länderrisiken, Markt- und Liquiditätsrisiken, Beteiligungsrisiken sowie operationellen Risiken sicherzustellen, um letztendlich ein angemessenes Verhältnis von Risiken und Ertrag zu gewährleisten.

Kapitalanforderungen

Das erste Halbjahr 2012 war v. a. von Maßnahmen zur Erreichung der von der EBA geforderten harten Kernkapitalquote von 9 Prozent geprägt. Dieses Ziel war den größten europäischen Banken, darunter der RZB Gruppe, im Herbst 2011 auferlegt worden, um das Bankensystem gegen das volatile Marktumfeld resistenter zu machen und die Finanzmarktstabilität zu verbessern. Die RBI selbst war nicht Gegenstand der EBA-Analyse, sodass für die RBI kein detailliertes Ergebnis vorlag. Dennoch erarbeitete die RBI als Teil der RZB etliche Initiativen, um die vorgeschriebene Quote zu erreichen. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen wurde bereits 2011 begonnen. Das von der EBA festgesetzte Ziel wurde dadurch bis Juni 2012 nicht nur erreicht, sondern sogar deutlich übererfüllt.

Zur Unterstützung der Kapitalplanung dienen auch die im Risikomanagement der RBI fest verankerten Stresstests. Neben den von Aufsichtsbehörden durchgeführten regulatorischen Stresstests wurden 2012 interne Analysen für weitere Szenarien und potenzielle Risikotreiber durchgeführt. Neben erhöhtem Kapitalbedarf im Stressfall und steigenden Wertberichtigungen für das Kreditportfolio fanden dabei auch Marktrisiken, operationelle Risiken, gestiegene Finanzierungskosten und zahlreiche weitere Kapital- und Ertragskomponenten Eingang in die integrierte Betrachtungsweise.

Liquiditätsrisiko

Im Liquiditätsrisikomanagement wurden die Geldflussmodellierungen für den regulären Erwartungsfall weiterhin um Erkenntnisse der vergangenen Jahre erweitert, um die darauf basierenden Vorschaurechnungen für Kapitalbindung und Refinanzierungsbedürfnisse anpassen zu können. Dadurch sollen einerseits die Transparenz bezüglich tatsächlich entstehender Kosten und Risiken erhöht und andererseits die richtigen Steuerungsimpulse gesetzt werden.

Die vorgesehene Umsetzung der Liquiditätsvorschriften nach Basel III war auch 2012 ein weiteres Thema im Zusammenhang mit dem Liquiditätsrisiko. Obwohl noch keine finale Fassung der regulatorischen Vorschriften vorliegt und diese daher noch sehr unterschiedlich interpretiert werden, wurden bereits Berechnungen für die RBI und einzelne Konzerneinheiten durchgeführt. Die Implementierung der erforderlichen Datenlandschaft und der entsprechenden Berechnungsapplikationen bildete 2012 einen der Arbeitsschwerpunkte.

Aufgrund der zunehmend besseren Verfügbarkeit von Liquidität auf den Finanzmärkten und des guten Zugangs der RBI zu Refinanzierungsmöglichkeiten wurde der 2011 erhöhte Liquiditätspuffer im Lauf des Berichtsjahres wieder reduziert. Dabei wurde gleichzeitig die Zusammensetzung der enthaltenen Aktiva optimiert. Diese Maßnahmen sollen – unter Aufrechterhaltung eines angemessenen Liquiditätspuffers – auch die nachhaltige Stärkung der Nettozinsmarge unterstützen.

Zinsrisiko

Das Zinsergebnis stellt einen bedeutenden Ergebnisfaktor für die RBI dar und trägt damit wesentlich zur Stärkung der Kapitalbasis und zum Erfolg des Geschäftsmodells bei. Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, wird das Risikomanagement im Hinblick auf Zinsflüsse in einer eigenen Einheit unabhängig von der Steuerung des Liquiditätsrisikos wahrgenommen. Hier wird v. a. der Einfluss von unterschiedlichen Zinsszenarien auf das Zinsergebnis simuliert. In enger Kooperation mit den Markteinheiten bereitet sich die

RBI damit auf unterschiedliche Entwicklungen auf den Märkten vor und kann im Fall negativer Tendenzen schnell reagieren. Im Jahr 2012 standen in diesem Bereich die Weiterentwicklung der zur Verfügung stehenden Analyse- und Reporting-Werkzeuge und die Harmonisierung dieser innovativen Systeme innerhalb der Gruppe im Vordergrund.

Marktrisiko

Seit Jänner 2010 basiert das Marktrisikomanagement auf den Zahlen eines internen Modells. Dieses errechnet mit einem hybriden Ansatz, also einer Kombination aus historischer und Monte-Carlo-Simulation mit 5.000 Szenarien, den Value-at-Risk (VaR) für die Veränderung der Risikofaktoren Fremdwährungen, Zinsentwicklung, Credit Spreads aus Anleihen und Credit Default Swaps sowie Aktienindizes. Zur besseren Abbildung jener Risikofaktoren, bei denen die Wahrscheinlichkeit extremer Kursveränderungen höher ist als in einer Normalverteilung, wurden zahlreiche Zusätze in das Modell integriert. Dazu zählen etwa die Anreicherung der Szenarien um extreme Ereignisse oder die Berücksichtigung des aktuellen Volatilitätsniveaus in der Generierung von Szenarien sowie unterschiedliche Zeithorizonte in der Volatilitätsschätzung. Die Wahl dieses Modellzugangs schafft bereits heute die Basis, um die strengen Basel-III-Anforderungen in internen Modellen umzusetzen. Das Modell wurde zusätzlich um ein Stressed-VaR-Modul erweitert, das die seit 31. Dezember 2011 geltenden regulatorischen Anforderungen erfüllt. Zur besseren Messung von Optionsrisiken wurde 2012 ein zusätzliches Modell aufgebaut.

Der tägliche Steuerungsumfang beinhaltet die Handels- und Bankbücher der RBI basierend auf dem VaR bei einer Haltedauer von 1 Tag und einem Konfidenzintervall von 99 Prozent sowie Sensitivitätslimits. Die Marktrisikoposition, der Limitprozess und die Darstellung sämtlicher Kapitalmarktaktivitäten in der Erfolgsrechnung zählen zu den fixen Tagesordnungspunkten des wöchentlich tagenden Marktrisiko-Komitees.

Um die Qualität des Modells sicherzustellen, wird es einem täglichen Rückvergleich, dem so genannten Backtesting, unterzogen. Die Ergebnisse dieser Tests lagen stets im Rahmen der Modellerwartungen. Auf Basis dieser guten Ergebnisse ist das interne Modell regulatorisch in der besten Klasse („Status grün“) einzustufen.

Management von notleidenden Krediten

Dass 2012 ein schwieriges Jahr für CEE und damit für den Heimmarkt der RBI war, machte sich auch durch einen Anstieg der notleidenden Kredite an Nichtbanken bemerkbar (plus 16 Prozent oder € 1.127 Millionen gegenüber 2011), wovon aus der Integration der Polbank € 508 Millionen zum Erstkonsolidierungszeitpunkt stammten.

Die Neubildung entsprechender Kreditrisikovorsorgen wurde jedoch durch hohe Erträge aus Sanierungsmaßnahmen zum Teil kompensiert. Dabei wurde eine angemessene Deckung durch Wertberichtigungen gewährleistet. Das Sanierungsmanagement wird auch 2013 einen Tätigkeitsschwerpunkt bilden.

Die RBI erzielte 2012 Prozessverbesserungen in der Früherkennung und Bearbeitung gefährdeter Kredite, wodurch eine weitere Zunahme der Non-performing Loans weitgehend verhindert werden konnte. Wichtige Eckpfeiler sind hier die verbesserte Effizienz der Prozesse, kontinuierliche Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung der Mitarbeiter in diesem Bereich und der fortlaufende Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Mitgliedern der Kreditinstitutsgruppe.

Basel II und III – regulatorisches Umfeld

Die RBI beschäftigte sich auch 2012 intensiv mit den laufenden bzw. bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen. Ein Großteil der erwarteten Änderungen ergibt sich aus den Vorbereitungen auf die Einführung der EU-Verordnung CRD IV/CRR, insbesondere aus den Vorgaben zu den Themen Kapitalbedarf, Liquiditätskennzahlen und Abzug von Minderheitenanteilen. Der potenzielle Einfluss der neuen bzw. geänderten gesetzlichen Regelungen auf die RBI wurde eingehend analysiert, und bei Bedarf wurden entsprechende interne Richtlinien erlassen.

Neben den bereits aufgenommenen Vorbereitungen im Zusammenhang mit den neuen Basel-III-Regelungen stand 2012 die laufende Implementierung des fortgeschrittenen Basel-II-Ansatzes nach wie vor im Fokus des Risikomanagements. Die Basel-II-bezogenen Aktivitäten umfassten die Implementierung des Internal-Ratings-Based-Ansatzes (IRB) im Retail- und Non-Retail-Bereich in den Tochterunternehmen in CEE, die Weiterentwicklung des internen Marktrisikomodells sowie die gruppenweite Weiterentwicklung des Standardansatzes beim operationellen Risiko.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über den aktuellen Stand dieser Vorhaben. Die Implementierung des IRB-Ansatzes bei Tochterunternehmen in CEE wird 2013 fortgesetzt.

Einheit	Kreditrisiko		Markt- risiko	Operationelles Risiko
	Non-Retail	Retail		
Raiffeisen Bank International AG, Wien (Österreich)	IRB ¹	n.a.	Internes Modell ²	STA ³
RBI Finance (USA) LLC, New York (USA)	IRB	STA ³	STA	STA
Raiffeisenbank a.s., Prag (Tschechische Republik)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (Ungarn)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Malta Bank plc., Sliema (Malta)	IRB	STA	STA	STA
Tatra banka a.s., Bratislava (Slowakei)	IRB	IRB	STA	STA
Raiffeisen Bank S.A., Bukarest (Rumänien)	IRB	STA	STA	STA
Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (Kroatien)	IRB ⁴	STA	STA	STA
Raiffeisenbank Russland d.d., Moskau (Russland)	IRB ⁴	STA	STA	STA
Alle anderen Einheiten	STA	STA	STA	STA

¹ IRB = Internal-Ratings-Based-Ansatz

² Nur für Risiko der offenen Devisenposition und allgemeines Zinsrisiko des Handelsbuchs

³ STA = Standard-Ansatz

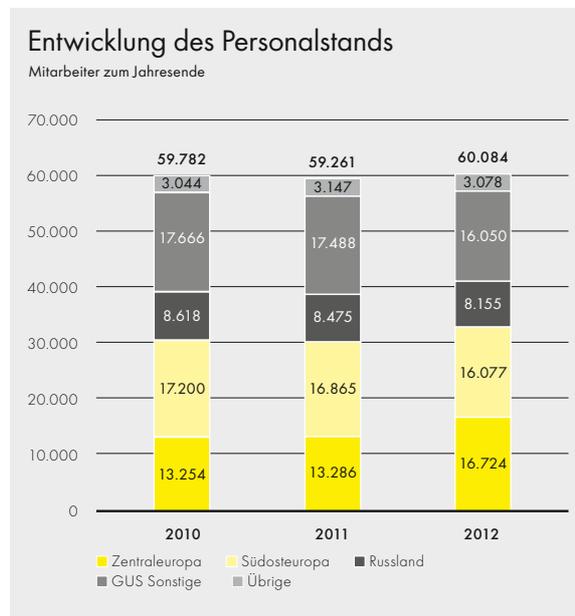
⁴ Nur auf konsolidierter Ebene

Für die Kapitalunterlegung des operationellen Risikos gemäß Basel II wird derzeit in allen wesentlichen Konzerneinheiten der Standardansatz verwendet.

Human Resources

Der Bereich Human Resources (HR) der RBI sorgt für einen nachhaltigen Einsatz der personellen Ressourcen im Unternehmen und operiert im Spannungsfeld zwischen kurz- und langfristigen Maßnahmen. So war 2012 geprägt von Kostensenkungsprogrammen, die rasch wirken mussten, und gleichzeitig von Entwicklungsmaßnahmen zur Absicherung der Zukunft des Unternehmens.

Zum 31. Dezember 2012 beschäftigte die RBI mit 60.084 Mitarbeitern (Vollzeitäquivalente) 823 Personen bzw. 1 Prozent mehr als Ende 2011. Das beruht auf der erstmaligen Zurechnung der Mitarbeiter der Polbank; ohne diesen Effekt hätte sich eine Verringerung um 5 Prozent ergeben. Die absolut und gemessen an der Mitarbeiterzahl des Landes größte Reduktion erfolgte dabei in der Ukraine. Das Durchschnittsalter der Mitarbeiter war mit 36 Jahren weiterhin relativ niedrig und macht die RBI zu einer jungen und dynamischen Bank. Mit einer Akademikerquote von 68 Prozent wiesen die Mitarbeiter ein sehr hohes Qualifikationsniveau auf. 67 Prozent der Beschäftigten waren Frauen.



Performance Management

Das bestehende Performance Management der RBI wurde 2012 an die gesetzlichen Vorgaben des BWG angepasst. Darüber hinaus wurden die zeitliche und inhaltliche Abstimmung des Zielvereinbarungs- und Budgetierungsprozesses verbessert und die Performance-Indikatoren überarbeitet. In den einzelnen Netzwerkeinheiten lag der Fokus auf der effizienten Abwicklung und einer weiteren Verbesserung der Ziel- und Entwicklungsvereinbarungen.

Talent Management und Führungskräfteentwicklung

Im Berichtsjahr 2012 wurde eine konzernweite Initiative zur weiteren Qualitätssteigerung des Talent-Management-Systems gestartet, die vor allem dessen praktische Umsetzung optimieren soll. Nach Analyse der Talent-Management-Prozesse in den Netzwerkbanken identifizierte ein internationales Projektteam mit HR-Experten aus der Konzernzentrale und dem Netzwerk gemeinsam mit externen Spezialisten Best Practices, die den anderen Konzerneinheiten zur Verfügung gestellt wurden. Bei Bedarf wurden diese Konzerneinheiten auch bei der Implementierung der Maßnahmen unterstützt, die aus den Best Practices abgeleitet wurden. Aufbauend auf den Ergebnissen der Analyse werden 2013 die Möglichkeiten für Mitarbeiter, zwischen Bereichen bzw. Ländern innerhalb des Unternehmens zu wechseln, ausgeweitet werden.

Fachausbildung (Professional Development)

Im Einklang mit der Konzernstrategie wurden die Schwerpunkte der Weiterbildungsaktivitäten 2012 auf Fachthemen wie Kapitalmarktprodukte, Geschäft mit gehobenen Privatkunden, Risikomanagement und Inkasso gelegt. Umfangreiche Trainingsinitiativen zum Thema „Lean“ unterstützen Führungskräfte und Mitarbeiter bei der Straffung von Prozessen und der damit verbundenen Effizienzsteigerung. Das Grundwissen wird über eLearning vermittelt, die praktische Umsetzung erfolgt insbesondere durch Aufenthalte in Konzerneinheiten, in denen die Lean-Methode bereits erfolgreich implementiert wurde.

Die Förderung von grenzüberschreitendem Wissens- und Erfahrungsaustausch ist der RBI auch weiterhin ein wichtiges Anliegen. So wurde 2012 bereits zum zweiten Mal das „International Young Potentials“-Programm gestartet, das High Potentials aus den Netzwerkbanken durch Trainee-Aufenthalte in anderen Netzwerkbanken fördert. Auch Austauschprogramme für erfahrene Mitarbeiter z. B. aus den Bereichen Risikomanagement oder Treasury wurden weiter ausgebaut.

Lokale Initiativen

Der Fokus in allen Netzwerkbanken lag im Berichtszeitraum auf Kostenoptimierungsinitiativen. Einige Banken, z. B. die Tatra banka in der Slowakei, unterzogen die Struktur der freiwilligen Zusatzleistungen einer genauen Prüfung und optimierten im Rahmen des Lean-Projekts Organisation und Prozesse. In der Raiffeisen Bank Aval in der Ukraine wurde ein umfangreiches Projekt zur Restrukturierung des gesamten Netzwerks gestartet, um einfachere Führungsstrukturen zu schaffen und die Anzahl der Vollzeit-äquivalente in den Regionen zu reduzieren. So wurden 25 Regionaldirektionen in sieben Makrodirektionen zusammengefasst, wodurch die Anzahl der regionalen Manager um 78 und die Anzahl der Vollzeitäquivalente um 408 verringert wurden.

Eine besondere Herausforderung für HR war die Fusion der Raiffeisen Bank Polska mit der Polbank. Neben der kulturellen Zusammenführung der beiden Banken – mithilfe gemeinsamer Workshops – wurde ein faires Auswahlverfahren der künftigen Führungskräfte der Zielorganisation umgesetzt. Einheitliche HR-Instrumente und -Prozesse sollen als Basis für eine gute Zusammenarbeit in der fusionierten Bank dienen.

Weiterentwicklung im Bereich Human Resources

Weitere Schwerpunkte der konzernweiten HR-Aktivitäten waren auch 2012 die Weiterentwicklung und Implementierung der HR-Konzernrichtlinien und Policies, die Kommunikationsförderung sowie die Kooperation und der Erfahrungsaustausch zwischen HR-Experten zum Thema „Best-HR-Practices im Konzern“.

Regionale HR-Meetings, bei denen die beteiligten Länder die jeweiligen Themen bestimmen, bewährten sich ebenfalls als Plattform, um vor allem gemeinsame regionale HR-Themen zu diskutieren und zu bearbeiten. Bei regionalen Treffen für GUS und Südosteuropa in Moskau bzw. Belgrad standen Kostenoptimierungsinitiativen im Vordergrund. Weitere Schwerpunkte waren Talent Management, Nachfolgeplanung, Führungskräfteentwicklung, die Weiterentwicklung regionaler Assessment Centers sowie ein konzerneinheitlicher Zugang zu den Themen Einstufung von Positionen und Gehaltsstruktur.

Die steigende Anzahl von Filialen und Mitarbeitern in Südostasien und China machte zudem eine Ausweitung der dortigen HR-Tätigkeiten notwendig.

Entwicklungen im Kompensationsbereich

Da bei Banken als klassischen Dienstleistungsunternehmen der Personalaufwand einen hohen Teil der Verwaltungsaufwendungen ausmacht – bei der RBI Gruppe waren dies im Jahr 2012 rund 49 Prozent –, setzen Kostensenkungsprogramme auch bei den Gehältern an. Kostensenkungen wurden daher nicht nur durch Personalreduktionen erzielt, sondern auch durch Anpassungen bei sonstigen Nebenleistungen der diversen Netzwerkeinheiten. Der Personalaufwand stieg aufgrund der Einbeziehung der Polbank im Jahresvergleich um 4 Prozent.

Vermehrtes Augenmerk wurde darauf gelegt, Gehaltserhöhungen oder Boni auf Basis differenzierter Leistungsbeurteilungen im Rahmen des Performance Managements nur Leistungsträgern zu gewähren.

Ein beträchtlicher Teil der HR-Kapazitäten floss 2012 in die Umsetzung der speziellen Regulierungen für Vergütungssysteme im Bankenbereich. Die im Jahr 2011 erstellten allgemeinen (für alle Mitarbeiter) und speziellen Vergütungsgrundsätze der RBI (nur für die Geschäftsleitung, Risikokäufer und besondere Mitarbeiter in Kontrollfunktionen) wurden im Berichtszeitraum umgesetzt.

Jedes Jahr werden alle der Kreditinstitutsgruppe der RBI angehörenden Unternehmen nach Risikokriterien durchleuchtet, um auf dieser Basis festzulegen, in welchem Umfang die Vergütungsregeln zur Anwendung gelangen. Ebenso werden für alle Unternehmen jährlich jene Positionen identifiziert, die hinsichtlich ihrer Entlohnung unter die restriktiven Bestimmungen des BWG fallen.

Ausblick

Konjunkturaussichten

Zentraleuropa

2012 brachte eine Abschwächung der Wirtschaftsleistung in der Region CE. Hauptverursacher waren die schwache Entwicklung in der Eurozone, dem Hauptabnehmer der Exporte Zentraleuropas, aber auch der – z. B. in Polen und der Slowakei – abnehmende Spielraum der öffentlichen Hand, sich gegen den Wirtschaftsabschwung in Westeuropa zu stemmen. Während die Wirtschaftsleistung in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien schrumpfte, wiesen Polen wie auch die Slowakei 2012 trotz der Abkühlung positive Wachstumsraten aus. Für 2013 wird nach dieser v. a. in der zweiten Jahreshälfte 2012 spürbaren Verlangsamung eine moderate Erholung erwartet, die insbesondere in der zweiten Jahreshälfte einsetzen sollte. In der Tschechischen Republik (minus 0,2 Prozent prognostiziert), in Ungarn (minus 0,5 Prozent prognostiziert) und in Slowenien (minus 1,0 Prozent prognostiziert) dürfte das BIP 2013 jedoch erneut leicht zurückgehen, während Polen (plus 1,2 Prozent prognostiziert) und die Slowakei (plus 0,9 Prozent prognostiziert) weiterhin ein leichtes Wachstum erzielen sollten. Dieses wird jedoch weiterhin zu einem Großteil von der Exportnachfrage aus der Eurozone abhängig sein.

Südosteuropa

Auch die wirtschaftliche Lage in Südosteuropa litt unter einem – von den Schwierigkeiten in der Eurozone verursachten – Rückgang der Exporte, zusätzlich dämpfend wirkten die weiterhin schwachen Investitionsaktivitäten in der Region. Dadurch könnte das Wachstum in einigen Ländern sehr gering ausfallen oder überhaupt ausbleiben. Auch weiterhin dürften die Konsumausgaben in der Region durch das verminderte Kreditwachstum, geringere Überweisungen der im Ausland arbeitenden Südosteuropäer sowie die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit auf niedrigem Niveau verbleiben. Die zwar vorbildlichen, aber wachstumshemmenden Sparmaßnahmen der südosteuropäischen Staaten sorgen teilweise für politische Risiken, allerdings sprechen erste Indikatoren bereits für eine leichte wirtschaftliche Erholung. So wird für 2013 mit einer Steigerung des BIP in der gesamten Region von 0,9 Prozent gerechnet, die Wirtschaftsaktivitäten dürften dabei aber erst im Lauf des zweiten Halbjahres an Dynamik gewinnen.

GUS

Nach 3,4 Prozent im Jahr 2012 erwarten die Experten für Russland für das laufende Jahr ein reales BIP-Wachstum von rund 3 Prozent. Dieser leichte Rückgang resultiert aus der Erwartung, dass einerseits die Investitionsdynamik nachlassen wird und andererseits dem Wachstum des stark von Rohstoffen geprägten Exportsektors Grenzen gesetzt sind. Zudem dürfte die Haushaltsnachfrage – bislang die Hauptstütze des Wachstums – bei einem schwächeren Kreditwachstum etwas an Dynamik verlieren. Diese Wachstumsschwäche sollte sich jedoch auf das erste Halbjahr 2013 beschränken, bevor sich die Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte wieder aufhellen dürfte. Die Ukraine wiederum kämpft nicht nur mit einer schwachen Konjunktur, sondern auch mit hohen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten. Das Leistungsbilanzdefizit sollte hier 2013 zwar etwas zurückgehen, belastet jedoch in Kombination mit einem hohen öffentlichen Refinanzierungsbedarf die externe Liquiditätssituation des Landes. Anfang 2013 trat die Ukraine in Verhandlungen mit dem IWF über ein neues Hilfspaket. Auch in Belarus verschlechterten sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in der zweiten Jahreshälfte 2012. Für 2013 wird hier mit einem BIP-Wachstum von 3,0 Prozent dennoch ein Anstieg des Wirtschaftswachstums im Vergleich zum Vorjahr erwartet.

Eurozone

In der Eurozone sind nach der fortgesetzten Rezession im vierten Quartal 2012 bei einigen Frühindikatoren erste Zeichen einer Konjunkturstabilisierung zu beobachten. Deutlich verbesserten sich v. a. einige Stimmungsparameter, die eine Änderung der Wirtschaftsdynamik erfahrungsgemäß als erste signalisieren. Das Bild ist aber in den einzelnen Ländern noch sehr unterschiedlich, derzeit sind v. a. Deutschland und Südeuropa für die Aufhellung der Aussichten verantwortlich. Für Südeuropa bedeutet dies zwar, dass die Rezession an Dynamik verliert und der Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte voranschreitet. Allerdings ist schwer einzuschätzen, wann über Exporterfolge und steigende Investitionen der Privatwirtschaft tatsächlich ein Aufschwung einsetzen wird. Die erwartete Wirtschaftsbelebung des Euroraums in der ersten Jahreshälfte 2013 hat somit noch eine schmale Basis und hängt zudem v. a. von der Exportentwicklung ab, da die Binnennachfrage schwach bleiben dürfte. In Summe ist eine Wirtschaftserholung im Jahr 2013 damit nicht gesichert. Es scheint jedoch möglich, dass sich die Eurozone im Verlauf des ersten Halbjahres 2013 aus der Rezession herausarbeiten kann und danach ein moderater Aufschwung folgt.

Asien

Die chinesische Wirtschaft gewinnt nach einer Wachstumsschwäche in den ersten drei Quartalen 2012 seit dem vierten Quartal wieder an Fahrt. Diese Tendenz dürfte sich, unterstützt v. a. von den 2012 gestarteten Infrastrukturprojekten, im ersten Halbjahr 2013 noch weiter verstärken. Aufgrund der globalen Konjunkturerholung sollten auch die Exporte im zweiten Halbjahr 2013 wieder deutlich ansteigen. Insgesamt gehen die Experten daher für 2013 von einem BIP-Wachstum von 8,5 Prozent aus. Trotz der niedrigen Inflation ist dabei aber keine weitere geldpolitische Lockerung zu erwarten, da die Regierung versucht, einem Anstieg der Immobilienpreise und einer Zunahme der Schattenbankgeschäfte gegenzusteuern. Fiskalpolitisch dürften jedoch u. a. weitere Steuerreformen und -senkungen anstehen. Die indische Wirtschaft dürfte 2013 nach einem Wachstumsrückgang im Jahr 2012 ebenfalls wieder an Dynamik gewinnen. Eine deutliche Belebung ist auch hier v. a. im zweiten Halbjahr zu erwarten. Dabei sollten Zinssenkungen und eine Verbesserung des Geschäftsklimas für einen deutlichen Anstieg der Investitionen sorgen. Voraussetzung dafür ist ein positives globales Umfeld, das ausländische Kapitalzuflüsse begünstigt. Im Gesamtjahr dürfte Indien ein Wirtschaftswachstum von 6,7 Prozent erzielen.

Ausblick der RBI

Im Zuge der sich aus heutiger Sicht abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insbesondere in CEE peilen wir mittelfristig einen Return on Equity vor Steuern von rund 15 Prozent an. Hierbei sind etwaige Kapitalerhöhungen sowie heute noch nicht absehbare regulatorische Anforderungen nicht berücksichtigt.

Für 2013 planen wir ein leichtes Wachstum der Forderungen an Kunden. Wir gehen angesichts der Zinsprognosen davon aus, dass die Nettozinsspanne auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Unter Kundengesichtspunkten soll der Bereich Corporate Customers weiter das Rückgrat des Geschäfts bilden, und der Bereich Retail Customers soll mittelfristig einen größeren Anteil am Geschäftsvolumen des Konzerns einnehmen als bisher.

In Anbetracht der Wirtschaftsaussichten bleibt die Lage in einigen unserer Märkte angespannt. Im Jahr 2013 erwarten wir daher einen Bedarf an Kreditrisikoversorgen auf Vorjahresniveau.

Auch 2013 widmen wir den Kosten große Aufmerksamkeit. Insgesamt gehen wir von einer stabilen bis leicht steigenden Kostenentwicklung aus, insbesondere aufgrund der erstmals ganzjährigen Berücksichtigung der Polbank.

Vor dem Hintergrund der sich ständig verändernden regulatorischen Anforderungen sowie einer weiteren Stärkung der Bilanzstruktur überprüfen wir laufend Höhe und Struktur unserer Eigenmittel, um zeitnah und flexibel agieren zu können. Dabei stellt weiterhin, abhängig von der weiteren Entwicklung der Märkte, auch die Durchführung einer Kapitalerhöhung eine mögliche Option dar.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es lagen keine wesentlichen Ereignisse nach dem Abschlussstichtag vor.